



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 20. Dezember 2021**  
in der Welscher Stadthalle stattgefunden

## 2. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr.  
Ende der Sitzung: 17.58 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 52. Sitzung der abgelaufenen Periode des Gemeinderates vom 05.07.2021 liegt zur Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI. Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl

Christoph Angelo Rigotti

Ing. Olivera Stojanovic, BSc (**VIDEO**)

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer (**VIDEO**)

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA (**VIDEO**)

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshofer

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Mag. Walter Teubl

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

### **NEOS**

Gemeinderat

### **MFG**

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MDStv. Mag. Thomas Sturmaier, MBA

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

GR. Markus Hufnagl, MBA, MD Dr. Peter Franzmayr

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09.12.2021 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Wir haben in Zusammenhang mit COVID für jeden Gemeinderat einen einzelnen Tisch vorgesehen, so wie von einer Fraktion ausdrücklich gewünscht. Aufgrund der aktuellen Infektionslage wird die Möglichkeit an dieser Sitzung nach dem 2. Oö. Covid-Gesetz per Videokonferenz teilzunehmen wahrgenommen. Zur besseren Verständlichkeit werde ich beim Reden die Maske – auch für die Videoteilnehmer – abnehmen. Einige Gemeinderatsmitglieder wollten diese Möglichkeit nützen.

Die in der Stadthalle anwesenden Mandatäre ersuche ich von den Mikrofonen im Saal zu sprechen. Sie werden von einer eigenen Kamera aufgenommen, damit die per Video Zugeschalteten sie sehen und hören können. Sollte ich jemanden von den Videoteilnehmer, der eine Rede halten möchte, nicht sofort sehen, so werde ich ausdrücklich noch einmal nachfragen. Es besteht auch die Möglichkeit die Chatfunktion zu nutzen.

Die per Video zugeschalteten Mitglieder nehmen naturgemäß an der Abstimmung teil, indem sie vom Vorsitzenden persönlich aufgerufen werden und ihre Stimme mündlich durch „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ abgeben. Das wird dann so protokolliert und gilt als Teilnahme an dieser Abstimmung.

Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates (§ 10 StW. 1992)  
Verf-015-W-1-2021

Bgm. Dr. Rabl: In der letzten Sitzung des Gemeinderates war es nicht möglich alle Gemeinderäte anzugeloben, weil Frau Sandra Wohlschlager und Herr Ronald Schiefermayr erkrankt waren. Wir werden diese Angelobung heute nachholen. Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat entsprechend abzulegen. Ein Gelöbnis unter Bedingungen oder mit Zusätzen gilt als verweigert. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Ich ersuche den stellvertretenden Magistratsdirektor um Vorlesung der Gelöbnisformel. Bitte erheben sie sich von ihren Plätzen.

MDStv. Mag. Thomas Sturmaier, MBA liest vor:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Frau Sandra Wohlschlager und Herr Ronald Schiefermayr leisten das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Frau GR. Wohlschlager verlässt die Sitzung um 13.10 Uhr aus gesundheitlichen Gründen.

### Mitteilungen des Bürgermeisters

#### SPÖ-Gemeinderatsfraktion; Änderung im Fraktionsvorsitz:

Bgm. Dr. Rabl: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion gab bekannt, dass Frau GR. Silvia Huber, MPA als neue Vorsitzende bestellt wurde. Die erste Stellvertretung liegt bei Frau GR. Laurien Scheinecker, BA die zweite bei Herrn GR. Mag. Bernhard Humer. Diese Änderung ist mit heute wirksam.

#### Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Ärzte in Wels“ bekanntgegeben.

GR. Bauer: In der heutigen Aktuellen Stunde sprechen wir ein Thema an, welches der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und vor allem mir als medizinischer Sekretär besonders am Herzen liegt. Der Ärztenotstand in Österreich und vor allem auch in Wels ist derzeit präsenter denn je. Selbstverständlich weiß ich, dass dieses Thema bereits im Jahr 2018 von der SPÖ-Fraktion andiskutiert wurde.

In den letzten drei Jahren änderte sich einiges. Es gibt eine weltweite Pandemie, die niemand vorhersehen konnte. Genau deshalb ist es wichtig heute dieses Thema erneut aufzugreifen und gemeinsam dafür sorgen, damit sich in Wels wieder mehr Ärzte mit einem Kassenvertrag ansiedeln. Wie in der Presseaussendung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger vom 15. Juli nachzulesen ist, teilte der Bezirksärztevertreter der Stadt Wels in einem Schreiben an die Stadt mit, dass aufgrund fehlender Nachbesetzung und der Pensionierungswelle in den kommenden Jahren eine ärztliche Grundversorgung nur mehr bedingt gewährleistet ist. Auch eine Aufrechterhaltung des hausärztlichen Notdienstes wird aufgrund fehlender Ärzteschaft nur mehr schwer zu bewältigen sein.

Aufgrund dessen sind bereits jetzt viele Welser verzweifelt auf der Suche nach einem Hausarzt, der sie nicht nur kurzfristig, sondern langfristig versorgt und sich um die Sorgen

und Krankheiten der Patienten annimmt. Genau hier liegt das Problem. Wegen diesem Versorgungsproblem sind die Menschen leider nicht nur in Wels gezwungen - sondern österreichweit – das nächstmögliche Krankenhaus aufzusuchen. Genau diese Situation führt zu einer Überlastung der Ambulanzen im Klinikum Wels und Grieskirchen.

Um die österreichweite Dringlichkeit noch einmal zu verdeutlichen, verweise ich auf einen Zeitungsartikel von der Online-Zeitung VIENNA.AT. vom 01. Juli, in der der österr. Ärztekammerpräsident Dr. Thomas Szekeres genau diese Problematik anspricht. Laut Dr. Szekeres würden bereits über 40 % der Ärzte nach Beendigung des Studiums Österreich verlassen, um ihren Beruf in Deutschland oder der Schweiz auszuüben. Diese Länder locken mit attraktiveren Angeboten, wie bessere Bezahlung, bessere Zusatzausbildung und flexiblere Arbeitszeiten.

Genau hier sind sowohl die Österr. Gesundheitskasse als auch die Österr. Ärztekammer gefordert diesen Missstand zu beheben. Oberstes Ziel muss sein diese vakanten Stellen rasch nachzubeseetzen, damit wir weiterhin eine ärztliche bzw. medizinische Grundversorgung sicherstellen können. Darüber hinaus ist es auch wichtig, die Facharztstellen nicht zu vergessen. So gibt es große Defizite bei der Versorgung durch Kinderärzte und Psychiater.

Aus diesem Grund haben wir als FPÖ-Gemeinderatsfraktion diese heutige Aktuelle Stunde einberufen und ersuchen den Gesundheitsreferenten der Stadt Wels Kontakt mit der Österr. Gesundheitskasse und der Ärztekammer aufzunehmen damit wir gemeinsam dieses Problem lösen und den Welsern weiterhin eine hervorragende medizinische Grundversorgung bieten können.

StR. Rammerstorfer: Der hier wieder einmal thematisierte Ärztemangel ist keineswegs vom Himmel gefallen, sondern er begleitet uns schon viele Jahre. „Für Bürgermeister Dr. Peter Koits nimmt der Ärztemangel in Wels bedenkliche Ausmaße an“, hieß es in den Medien im April 2012. Seitdem wird der Mangel zwar wieder und wieder festgestellt, geeignete Maßnahmen zur Behebung blieben jedoch aus.

Laut dem April-Magazin der Oö. Ärztekammer werden zwischen 2023 und 2027 rund 40 bis 50 % der Ärzte in Oberösterreich in Pension gehen. Die Situation in Wels wird nicht viel anders sein. Also noch in unserer Legislaturperiode wird fast die Hälfte der Welser Ärzteschaft neu zu besetzen sein. Ich denke über das Ausmaß der Problematik gibt es im Gemeinderat eine große Einigkeit, deswegen verzichte ich auf weitere Ausführungen.

Die Frage ist was wir dagegen tun? Ein Appell an die Ärztekammer und an die Gesundheitskasse ist schon in Ordnung und ich werde das unterstützen. Aber ich glaube wir wissen alle - das wird wenig fruchten. Vielleicht sollten wir uns nicht fragen was andere für uns tun können, sondern was wir selbst tun sollen.

Kollegin Huber brachte im Jahr 2018 schon einen Initiativantrag ein, in dem die Einführung von Richtlinien zur gezielten Förderung von Kassenärzten vorgeschlagen wurde. Meine Partei und die NEOS haben den Antrag unterstützt, nicht aber die damaligen Regierungsparteien. Vorstellbar wäre für mich - auch um weitere Bürokratie zu vermeiden - eine zielgerechte Subventionierung für Ordinationen aus den Bereichen der Wirtschaftsförderung.

Wenn ich die Zahlen richtig interpretiere, gab es eine solche jeweils bereits im Jahr 2019 und 2020. Bei Betrachtung der Ausgaben zur Erleichterung von Ansiedelungen der Ordinationen in Relation zu den Förderungen für Immobilien oder Zeitarbeitsfirmen kommt man ins Grübeln. Was ist wichtiger? Mehr Immobilienbüros oder bessere medizinische Versorgung? Ich beziehe mich hier auf die veröffentlichten Zahlen aus dem Webportal [www.offenerhaushalt.at](http://www.offenerhaushalt.at).

Die nächste Krise, auf die wir seit Jahren sehenden Auges zu spazieren, ist der Mangel an Pflegepersonal. In den nächsten Jahren werden hunderte Mitarbeiter der Welser Alten- und Pflegeheime in Pension gehen. Zweifellos werden viele den Beruf oder zumindest den Dienstgeber wechseln und auch Langzeitkrankenstände sind in dieser Berufsgruppe sehr häufig. Aufgrund dieser Gesamtsituation sowohl im Bereich der Ärzte und des Pflegebereiches würde ich einen Gesundheitsberufe-Gipfel für Wels vorschlagen. Dieser sollte im Frühling nach überstandener nächster Welle stattfinden.

Wir stehen nicht vor der fünften Welle, sondern dem Vernehmen nach vor dem ersten Tsunami. Dieser wird das Pflegepersonal, die Ärzteschaft, die Mitarbeiter des Welser Magistrates und die gesamte Bevölkerung vor enorme Herausforderungen stellen. Um den Herausforderungen bestmöglich zu begegnen, müssen wir in der Politik einfach noch einmal näher zusammenrücken – natürlich im übertragenen Sinn!

Eine zweite Kritik wird kommen und diese ist auch notwendig. Einiges ist bei der Pandemiebekämpfung in Wels schiefgelaufen und das müssen wir reflektieren, um auf künftige Gesundheitskrisen besser vorbereitet zu sein. In den nächsten Wochen und Monaten ersuche ich aber um größtmögliche Einigkeit im Kampf gegen die Pandemie.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Lieber Fabian, ich bin sehr froh darüber, dass das Thema Ärztemangel nun endlich von Seiten der FPÖ-Fraktion thematisiert wird. Als Gesundheitsreferent und direkter Nachfolger der früheren Gesundheitsreferentin Silvia Huber kann ich dir und euch nur sagen, dass dein/eurer Ansinnen Wasser auf meine/unsere Mühlen ist. Ich freue mich über deine Unterstützung, denn du läufst bei mir weit geöffnete Türen ein. Ich kann ihnen allen hier versichern, dass es auch weiterhin in unserem Fokus ist die Gesundheitsversorgung in der Stadt Wels aufrecht zu erhalten bzw. im besten Fall auch zu verbessern.

Wir sind seit vielen Monaten mit Vertretern der ÖGK und der Ärztekammer in Kontakt. Meine Vorgängerin hat mir gute Kontakte hinterlassen und ich habe einen Teil der Unterlagen mitgenommen. Leider liegt die Ausschreibung und Bestellung von Kassenverträgen in der alleinigen Verantwortung der ÖGK mit Unterstützung der ÖAK. Da können wir als Stadt Wels tatsächlich nur versuchen geeignete Rahmenbedingungen und die notwendige Infrastruktur anzubieten.

In Wels gibt es 26 Allgemeinmedizinerstellen und 44,7 Facharztstellen. Die SPÖ-Fraktion brachte mehrfach in den letzten Jahren Initiativanträge und Resolutionen im Gemeinderat ein. Zuletzt auch im November 2018. Eine Resolution ist in der Forderung beinahe textgleich wie deine, lieber Kollege Bauer. Es freut mich, dass du unsere Forderungen aufgegriffen hast, denn es geht in einer guten Sache tatsächlich über die Parteigrenzen hinwegzudenken.

Ich darf alle erinnern, gemeinsam mit Kollege GR. Schönberger war ich im Jahr 2019 der Initiator der Initiative „Stopp dem Ärztemangel“. In kürzester Zeit ist es uns gelungen 3.000 Unterschriften zu sammeln, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Unserer Initiative ist es auch zu verdanken, dass gemeinsam mit Mag. Gruber von der Apotheke Wels Nord und mit dem Eigentümer der Liegenschaft an der Ecke Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße, Herrn Krauß, es gelungen ist dort auch tatsächlich Ärzte anzusiedeln: Frau Dr. Folger und Frau Dr. Harringer als praktische Ärztinnen und Dr. Michael Lehner als Facharzt. Ein tatsächlicher positiver Output und nicht nur ein Luftschloss, wie ich einer Presseaussendung des Bürgermeisters aus dem Jahr 2018 entnehme, dass wir in Kürze ein Primärversorgungszentrum in Wels erhalten.

Wie gesagt, das war 2018 – wir warten heute noch! Ich möchte die Brücke in die Zukunft schlagen. Was können wir tun damit in den nächsten Jahren durch die bevorstehenden Pensionierungen von Ärzten es nicht tatsächlich zur Verschärfung der Situation kommt? Nicht in unseren Händen liegen solche Dinge, wie der erhöhte Personalbedarf in den Krankenhäusern durch das neue Arbeitszeitgesetz, die grundsätzliche Beschränkung zum Zugang zum Studium und auch die Veränderung in der Ausbildung. Die jungen Ärzte im Turnus müssen sich bereits nach neun Monaten entscheiden in welche Richtung sie gehen werden. Es gäbe hier schon einige Ansatzpunkte, aber das meiste liegt im Verantwortungsbereich der Gesundheitskasse und der Ärztekammer.

Das wichtigste ist das Berufsbild des Hausarztes tatsächlich positiv darzustellen. Das heißt positives Image und höhere Wertschätzung. Auch müssen zeitgemäße, attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Genauso wichtig ist, dass die Allgemeinmedizin in der universitären Ausbildung einen entsprechenden Stellenwert erfährt, z. B. im Rahmen des Kurrikulums selbst, durch Mentoren-Systeme, eigene Lehrstühle für Allgemeinmedizin und höhere praxisorientierte Ausbildung.

Lieber Fabian, wenn wir etwas in die Tiefe gehen und nicht nur auf der Oberflächlichkeit daherkommen, gibt es doch einiges zu tun. Weiters sollen wir als Stadt über die Attraktivierung von Gruppenpraxen-Verträgen und Primärversorgungszentren nachdenken. Als Stadt müssen wir bei der Ordinationsfindung behilflich sein. Wir sollten bei Neubauten mit Bauträgern andenken die Implementierung von Praxen vorzusehen. Vielleicht gäbe es die Möglichkeit Objekte günstig anzumieten oder Mietkaufoptionen abzuschließen.

Ob bloße finanzielle Anreize – hier bin ich beim Kollegen StR. Rammestorfer – in Form von Subventionen probate Mittel sind, wage ich zu bezweifeln. Eine Ärztin in der Neustadt hat zwar das Geld genommen, aber nach zwei Jahren wurde sie wiederum Wahlärztin. Lieber Kollege Bauer, ein brennendes Thema, zumal wir wissen, dass in absehbarer Zeit mehrere Ärzte in unserer Stadt in Pension gehen werden.

Wenn man weiß ein Arzt versorgt im Schnitt 2.500 bis 2.800 Patienten, so kann man die tatsächliche Brisanz erkennen. Ich möchte nicht, dass tausende Welser ohne Hausarzt dastehen, daher lasst uns gemeinsam über ideologische Grenzen hinwegdenken. Danke, Fabian, für deine Unterstützung!

GR. Kroiß: Die Aktuelle Stunde wurde von uns einberufen, weil die Planstellen für Kassenärzte in den letzten Jahren sehr unterbesetzt waren. Während einerseits Kassenärzte Mangelware sind, erhöht sich der Anteil bei Wahlärzten signifikant. Die

Verschiebung sollte für die ÖGK sehr alarmierend sein, denn der Trend zeigt es gibt eine Zwei-Klassen-Medizin. Immer mehr Wahlarztpraxen können nicht die Lösung für uns sein. Diese Problematik mit den fehlenden Ärzten ist nicht über das Wochenende entstanden.

Bereits im Jahr 2011 wurde im Nationalrat von der FPÖ-Fraktion eine Aktuelle Stunde oder eine Anfrage an den damaligen Gesundheitsminister gestellt und die Antwort war sehr überraschend: Der drohende Mangel kann nicht belegt werden. 10 Jahre später, im hier und jetzt, nach eineinhalb Jahren Corona wissen wir es alle besser. Es mag gar nicht sein, dass die Minister es damals nicht ernst genommen haben, sondern es war einfach nicht belegbar.

In den kommenden Jahren werden noch weitere Mediziner mit Kassenverträgen in Pension gehen. Ich und auch die FPÖ-Fraktion sehen daher die ÖGK und die Ärztekammer in ihrer Pflicht einen Masterplan auf den Tisch zu legen. Es wird allen einen enormen Kraftakt abverlangen, um die Arbeitssituation und die Verdienstmöglichkeiten der jungen Ärzte zu verbessern. Andererseits können auch bis zu einem gewissen Anreiz die Medizinstudenten sowie Ärzte und Verbesserungsvorschläge der Parteien herangezogen werden, damit die Ärzte einen besseren Stand bekommen.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Wels kann natürlich für Neuansiedelungen genommen werden. Ein zentrales Ziel für uns alle sollte sein: Gesundheit soll sich jeder leisten und auch der Hausarzt sollte innerhalb von zehn Minuten erreicht werden können.

StR. Dr. Oberndorfer: Auch von unserer Seite darf ich dieses Ansinnen unterstützen. Wir sind hier in Wahrheit alle der gleichen Meinung - wir müssen etwas tun! Gleichzeitig haben wir in der Stadt nicht die großen Hebel, die wir in Bewegung setzen könnten, um das Problem wirklich zu lösen. Es sind kleine Rädchen an denen wir drehen. Eines ist auf die ÖGK entsprechenden Druck auszuüben. Das machen wir mit dieser Resolution.

Jeder muss persönlich versuchen zu unterstützen, zu schauen wo er helfen kann. Wo kann ich jungen Ärzten dabei behilflich sein sich in Wels niederzulassen? Sie zu überzeugen zu uns zu kommen ist ein schwieriger Prozess.

Es wurde die Wirtschaftsförderung in diesem Zusammenhang angesprochen. Diese fällt in mein Ressort und daher gibt es von meiner Seite selbstverständlich volle Unterstützung. Die Frage ist, ob die Wirtschaftsförderung das probate Mittel ist, das hilft. Wenn für die Ordinationsgründung ein paar tausend Euro für junge Ärzte bereitgestellt werden, ist das sicherlich nicht nichts. Sicher wird es nicht das entscheidende Kriterium für eine Standortwahl sein. Wir haben als Stadt hier gegenüber dem Land gewisse Nachteile, wenn man bedenkt, dass dort niedergelassene praktische Ärzte Hausapotheken führen können. Eine solche ist natürlich sehr umsatzintensiv und lukrativ. Als Stadt haben wir ein gewisses Nachsehen.

Ich kann mir gut vorstellen gegenzusteuern, indem wir beispielsweise Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, Primärversorgungszentren forcieren, um hier die Basis zu schaffen. Wir haben viele gute Ideen und einiges wurde schon angesprochen. Mir persönlich würde es gut gefallen sich in einem etwas kleineren Kreis zusammzusetzen und uns zu überlegen, was wir als Stadt konkret machen können. Danke für diese Resolution, wir werden sie mittragen!



GR. KR. Schönberger: Drei Jahre später - die Pandemie ist vielleicht zur Hälfte überstanden - ist auch die Regierungspartei draufgekommen, dass wir massiven Handlungsbedarf haben. Als wir vor drei Jahren die Unterschriften der Menschen sehr schnell erhielten, wussten wir es brennt unter den Fingernägeln. Gott sei Dank erklärten sich zwei Ärztinnen bereit relativ schnell eine Praxis zu eröffnen.

Wir befinden uns nicht in einem regionalen und nationalen Wettbewerb, sondern wir befinden uns mit den Allgemeinmedizinern mittlerweile in einem internationalen Wettbewerb. Jetzt müssen wir unsere gesamte Kreativität einsetzen, um endlich etwas zusammenzubringen und zu sagen, dass Wels die Softfacts anbietet, damit junge Ärzte die Chance zur Eröffnung einer Ordination haben.

Im Budget ist darüber nichts zu finden. Wir reden von Wirtschaftsförderung und in Wirklichkeit haben wir im Budget nur eine Altstadtförderung. Es macht hier nicht großen Sinn jedes Mal Krokodilstränen zu zerdrücken und hinterher nichts zu tun und froh zu sein, weil sich wieder einmal ein Arzt gemeldet hat. Der Lehrstuhl in Linz für Allgemeinmedizin ist zwar schön, aber es dauert ewig bis die ersten Ärzte zur Verfügung stehen. Wir müssen uns - wie in der Wirtschaft bei den Facharbeitern - dem Wettbewerb stellen. Das heißt, wir müssen - wenn wir die Welser morgen medizinisch versorgen wollen - uns auch diese Leute irgendwie kaufen. Egal, ob wir ihnen eine Ordination zur Verfügung stellen. Es wurde bereits erwähnt, am Land können sie eine Hausapotheke führen und erhalten die Ordinationsräumlichkeiten von den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt.

In Kärnten und in der Steiermark sind wir so weit, dass sie sogar grenzüberschreitend nach Österreich aus den Nachbarländern mit ähnlichen Angeboten geholt werden. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn wir in Wels nicht relativ schnell etwas vorwärtsbringen und Anreize schaffen, dann wird der eine oder andere Hausarzt – vielleicht der Pandemie geschuldet – früher aufhören als ursprünglich geplant.

Mein Hausarzt, Dr. Stefan Strobl, arbeitete über sein Pensionsantrittsalter hinaus. Im Gegensatz zu manch anderen Allgemeinmedizinern, denen die Pandemie den Rest gegeben hat und froh sind in Pension gehen zu können. Die Pandemie hat den Anreiz länger zu bleiben sicher weggenommen. Jetzt müssen wir neue Anreize schaffen und versuchen diesen Ärztenotstand abzuwenden. Dazu braucht es Kreativität und es wäre schön einen Teil dieser Kreativität schon im Budget zu finden.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Dieses Thema der ärztlichen Versorgung begleitet uns schon viele Jahre. Meine Vorredner sagten das ohnehin bereits. Vielleicht liegt das auch daran, dass die Stadt Wels keinerlei Kompetenz und Zuständigkeit im Zusammenhang mit der Ansiedelung von Ordinationen und schon gar nicht im Zusammenhang mit dem Abschluss von Verträgen mit der Gebietskrankenkasse hat.

Gebietskrankenkassen sind Selbstverwaltungskörper und diese entscheiden nach einem Schlüssel und einer Berechnung wer wie viele Vertragsärzte bekommt oder nicht. Tatsächlich verändert hat sich im Vergleich mit vor zehn Jahren, dass die Bevölkerung öfter zum Arzt geht als früher üblich war und ist. Das unterscheidet sich auch von der Land- zur Stadtbevölkerung. Früher war es üblich den empfohlenen Tee mit Honig der Mutter zu trinken, ein Aspirin zu nehmen und heute wird vor allem in der Stadt der Arzt aufgesucht.

Das führt zu wesentlich mehr Arztbesuchen als vor zehn bis fünfzehn Jahren und das führt naturgemäß zu einem höheren Bedarf an Ärzten.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, die herangezogene Wirtschaftsförderung zur Ansiedelung von praktischen Ärzten ist ein Instrument, welches es in der Stadt gibt. Hier braucht es keine eigene Ärzteförderung, denn hier reicht die Wirtschaftsförderung - wie wir in der Vergangenheit gesehen haben - vollkommen aus. Allerdings ist es aus meiner Sicht nicht das adäquate und richtige Instrument. Bei einem durchschnittlichen Umsatz eines Arztes von 400.000 bis 500.000 Euro bei einem Einkommen von 150.000 bis 200.000 Euro (Fachärzte noch weit darüber hinaus) ist dieser von uns gewährte Investitionszuschuss in Höhe von 10.000 bis 12.000 Euro nicht ausschlaggebend für die Ansiedelung oder Nicht-Ansiedelung eines Arztes in Wels. Dabei geht es um ganz andere Parameter. Sieht er eine Zukunft in seinem Bereich in dieser Stadt? Ja oder Nein? Sehr viele Kassenärzte entscheiden sich Privatärzte zu werden, weil der Andrang so groß ist, dass sie auch als Privatärzte sehr viele Patienten haben. Es ist einfach nicht mehr lukrativ Kassenarzt zu sein.

Es liegt nicht in der Hand der Stadt Wels die kassenärztlichen Tarife zu erhöhen, weil das Angelegenheit der Gebietskrankenkasse ist. Ich glaube der Ansatz mit mehr Geld die Sache zu lösen, ist viel zu kurz gegriffen. Mit Geld werden wir dieses Problem nicht lösen, schon gar nicht mit diesen Geldmitteln, die wir im Rahmen der Wirtschaftsförderung dafür vorsehen. Dass jetzt die Ärzte, um die ich mir einkommensmäßig nicht so große Sorgen machen muss, Unterstützungen in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr erhalten sollen und andere Wirtschaftsbetriebe nicht, halte ich für eine Ungleichbehandlung, die in dieser Art und Weise nicht aufrecht zu erhalten sein wird.

Wir sind mit diesem Phänomen übrigens nicht alleine. Bei der Entwicklung der Patientenzahl der Kassenärzte zur Bevölkerung in den jeweiligen Städten ist diese Problematik in Linz oder Wien viel schlimmer als in Wels. Die regelmäßigen Schreiben an mich von Müttern, die keinen Kinderarzttermin bekommen, bereiten mir Sorgen. Der Sinn dieses Antrages bzw. der Aktuellen Stunde ist die Einigkeit und Geschlossenheit in diesem Haus zu unterstreichen und dann in der Folge der Gesundheitsreferent mit den Kassen spricht. Hier gibt es ja mit der SPÖ-Fraktion eine gewisse Nahbeziehung und der Gesundheitsreferent versucht mit Harald Schmadlbauer von der Oö. Gebietskrankenkasse zu reden, um einige Kassenverträge mehr zu bekommen. Es wird im Verhandlungsgeschick des Gesundheitsreferenten liegen genau das zu erreichen. Ich bin überzeugt davon, dass er das schafft, weil er dieses Verhandlungsgeschick bekanntlich mitbringt.

Das angesprochene Primärversorgungszentrum war das ursprünglich von Frau Dr. Folger und Dr. Lehner geplante. Dieses kam aber dann aufgrund von unterschiedlichen Wahrnehmungen in der Abwicklung der Kanzlei nicht zustande. Diese drei Ärzte gab es, aber sie haben keine Gruppenpraxis gegründet, sondern sich gemeinsam niedergelassen und die Kosten aufgeteilt. Das heißt, dieses Versprechen wurde naturgemäß erfüllt, sonst hätte ich es gar nicht kommuniziert. Ich verstand es als leichten Seitenhieb in aller Freundschaft und nehme es so zur Kenntnis. Mir geht es unabhängig auf breiter Basis darum, diesen Konsens im Haus erzielen und in Folge der Gesundheitsreferent gestärkt durch dieses Votum nach Linz fährt, dort ordentlich auf den Tisch haut und für die Stadt Wels etwas einbringt.

Ich bin neugierig, wenn wir nächstes Jahr um die gleiche Zeit dieses Thema wieder aufs Tablett bringen, was uns dann der Gesundheitsreferent dazu sagen wird und hoffe, er wird nur Positives berichten. Bis dahin hat er diesen Vertrauensvorschuss. Lieber Klaus, alles Gute für diese Mission und Aufgabe! Es ist keine Mission Impossible.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen betreffend Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Stadt Wels;  
Resolution an die ÖGK und Ärztekammer  
Verf-015-I-27-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abstimmt.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Antrag diesen Dringlichkeitsantrag am Beginn der Sitzung zu behandeln wird

einstimmig angenommen.

GR. Wiesinger: Es ist eine Kleinigkeit, aber diese stört mich sehr. Wir hörten zuerst bei der Debatte zur Aktuellen Stunde, dass wir uns bei diesem Thema alle einig sind. Wir unterschrieben alle den Dringlichkeitsantrag und unterstützen ihn. Dann muss ich aus der Zeitung entnehmen, dass es eine Presseaussendung mit der Meldung gibt, die FPÖ-Fraktion hätte den Antrag eingebracht.

Da der Antrag von allen Fraktionen eingebracht wurde, braucht sich nicht eine Partei hinstellen und verlauten, sie haben ihn eingebracht. Für die Zukunft würde ich bei solchen Anträgen schon um die Anführung aller Fraktionen bitten.

GR. Mag. Hammerl: Was in der Zeitung steht, können die wir leider nicht beeinflussen. Die Presseaussendung lautete etwas anders und es ist dann den Medien selbst überlassen wie sie es bringen und was sie abdrucken. Deshalb dies bitte den zuständigen Journalisten auszurichten.

GR. Huber, MPA: Ich will diese Debatte nicht ausbreiten, aber ganz so war das nicht, Herr Mag. Hammerl! Ich schließe mich GR. Wiesinger an, denn wir brachten gemeinsam diese Resolution ein. Die FPÖ-Fraktion machte eine Aussendung, dass sie die Resolution einbringen und wir dürfen unterschreiben. Das ist eine Art und Weise wie man nicht

miteinander arbeitet. Ich habe das mit dem Fraktionsvorsitzenden GR. Ralf Schäfer, BSc MSc besprochen und werden es in Zukunft etwas anders angehen.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen wird  
einstimmig angenommen.

Absetzung von Tagesordnungspunkten:

Bgm. Dr. Rabl: Bevor wir nun in die Tagesordnung eingehen ist festzuhalten, dass es hinsichtlich der Tagesordnung noch Änderungen gibt. Es sollen die Punkte 24. und 25. – Bebauungspläne von der Tagesordnung genommen werden. Die Hintergründe sind, dass die jeweiligen Antragsteller nicht rechtzeitig für die Behandlung die erforderliche Bankgarantie erlegt haben. Die Absetzung von der Tagesordnung wurde mit den jeweiligen Projektanten besprochen, abgeklärt und diese sind damit einverstanden. Einmal konnte die Bankgarantie aus organisatorischen und einmal aus formalen Gründen nicht rechtzeitig erlegt werden.

Es ist Usus nur jene Bebauungspläne dem Gemeinderat vorzulegen, bei denen die Bankgarantie zur Sicherstellung der Ansprüche der Stadt Wels tatsächlich erlegt wird oder der Betrag bezahlt wurde. In der Vergangenheit hatten wir immer wieder Probleme nach Beschlussfassung der Verträge und Bebauungspläne diese nicht mehr umsetzen und durchsetzen zu können, weil wir dann keine Haftungsmöglichkeit mehr hatten.

Die Punkte 24. und 25. der Tagesordnung werden

einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen jetzt zum Voranschlag der Stadt Wels für die Rechnungsjahre 2022 und 2023. Ich ersuche die Debatte so wie in der Vergangenheit abzuhalten. Das heißt, die Debattenbeiträge beziehen sich sowohl auf den TOP 1. als auch auf den TOP 2.

Ich ersuche – heute zum ersten Mal – Herrn FinDir. Mag. Christoph Barth um seinen Vortrag.

FD Mag. Christoph Barth präsentiert mittels beiliegender Power-Point-Präsentation (Anlage 2) den Voranschlag der Stadt Wels für die Rechnungsjahre 2022 und 2023 und die Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2022-2027.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

1.

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2022 und  
Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2023 – Doppelbudget  
FD-Fin-100-2021

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

1. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2022 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs.1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F. festgestellt.
2. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2023 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs.1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F. festgestellt.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Barth, herzlichen Dank für das Debüt. Wunderbar geschafft und somit in die Fußstapfen mit der gleichen Eloquenz und Geschwindigkeit des Dr. Barth getreten, die Vorgabe voll eingehalten. So, wie man es sich von einem Finanzdirektor wünscht! Herzlichen Dank dafür!

Das soeben präsentierte Budget ist ein Zukunftsbudget. Es ist dies nicht nur ein Verdienst der politischen Akteure, sondern auch ein Verdienst der Mitarbeiter in diesem Hause, ein Verdienst der Wirtschaft, ein Verdienst der Arbeitnehmer und vor allem ein Verdienst der Bevölkerung. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken für diesen Fleiß, die Loyalität zu dieser Stadt, für die bezahlten Steuern, für die Produktivität und für die Mithilfe in ganz vielen Bereichen.

Warum ist das ein Zukunftsbudget? Dieses Zukunftsbudget beschäftigt sich mit den großen Zukunftsfragen, wie z.B. die Digitalisierung und die Mobilität. Das Zukunftsbudget beinhaltet Zukunftsinvestitionen, egal ob im Bereich Grünraum, Digitalisierung oder Infrastruktur. Dieses Zukunftsbudget ist nachhaltig und bedeutet keine neuen Schulden zu machen. Ich halte es hier sehr stark mit Antoine de Saint-Exupéry, der sagte: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern ermöglichen“. Es ist daher ein Budget, welches Dinge und Entwicklungen ermöglicht und das Wichtigste für mich und für uns sollte sein eine positive Entwicklung dieser Stadt zu ermöglichen. Das wird mit diesem Budget jedenfalls möglich werden.

Das Zustandekommen dieses Budgets war etwas ungewöhnlich. Wir hatten sehr viele neue Komponenten, eine neue VRV, einen neuen Finanzdirektor, teilweise neue Referenten, ein neues Steuerregime und Corona. Damit völlig neue Parameter, mit denen wir vor zwei Jahren überhaupt nicht rechnen konnten. Dieses Budget ist routinemäßig entstanden, indem zuerst die Gespräche mit den Mitarbeitern geführt wurden und in der Folge mit den alten Referenten. Das heißt, teilweise hat Klaus Schininger für seinen Nachfolger Stefan Ganzert verhandelt oder Silvia Huber für Christa Raggl-Mühlberger bzw. Thomas Rammerstorfer. Auch das etwas ungewöhnlich.

Nach der Einigung wurde als nächsten Schritt mit den neuen Referenten verhandelt. Es wurde gefragt nach Anregungen oder Wünschen, da jeder Referent andere Schwerpunkte setzt. Danach wurde mit den politischen Parteien verhandelt. Ich denke wir werden heute im Gemeinderat einen einstimmigen Budgetbeschluss schaffen. Das hatten wir die letzten Jahre nicht und das spricht dafür, dass dieses Budget viele Bereiche gut abdeckt. Mir ist es klar, dass jede Fraktion und auch jeder einzelne an solch einem oft hunderte Seiten umfassenden Budget etwas zu bemängeln hat. Dem einen wurde die Kultur zu wenig bedient, dem anderen der Sozialbereich, der Infrastrukturbereich, der Sicherheitsbereich, die Integration etc. Ich verstehe das, aber ein Budget ist trotzdem die in Zahlen gegossene Politik. Natürlich gibt es Unterschiede nicht nur zwischen den Parteien und Fraktionen, sondern auch innerhalb der Parteien unterschiedliche Ausrichtungen, wo welche Schwerpunkte budgetmäßig gesetzt werden sollten.

In diesem Budget waren für mich zwei Postulate wichtig. Erstens wollen wir eine Stadt werden mit der höchsten Lebensqualität in Österreich als klares politisches Ziel. Bei Durchlesung der Parteiprogramme der letzten Wahl musste ich feststellen, dass das ein Ziel ist, das sich alle Parteien gleichermaßen auf ihre Fahnen schreiben, wenn auch die Wege dorthin unterschiedlich sind. Zweitens soll Wels bis 2026 aus eigener Kraft und trotz riesigem Investitionsvolumen schuldenfrei sein. Diese zwei Versprechen haben wir vor der Wahl gegeben und daher ist es unsere Pflicht diese zwei Versprechen umzusetzen.

Der Grund für die Umsetzung ist Vertrauen in die Politik zu schaffen. Das schafft man nur, wenn die gegebenen Versprechen mit den Inhalten in Einklang gebracht werden. Geht das auseinander, so hat man das Vertrauen der Bevölkerung nicht. Wir wollen nicht enden wie viele andere und sagen: „Versprochen ist schon viel geworden, diese Versprechen wurden aber nicht gehalten.“ Wenn wir heute diesen von FD Mag. Barth dargestellten Finanzierungsspielraum haben, indem wir genug Mittel haben um Investitionsvolumen in Millionenhöhe zu stemmen ohne neue Schulden zu machen, dann hat das naturgemäß einen Grund. Es liegt darin, dass wir die Verwaltung in den letzten sechs Jahren in ganz vielen Bereichen reorganisiert haben und mit dem Steuergeld immer sparsam umgegangen sind. Cicero sagte nicht umsonst, dass die größte Einnahmequelle die Sparsamkeit ist. Diese Einnahmequelle haben wir naturgemäß auch genützt.

Übrigens wirkt sich das im Jahr 2021 entsprechend aus, denn wir werden mehr als 10 Mio. Euro weniger verbrauchen als wir eigentlich budgetiert haben. Hier ist der Gestaltungsspielraum eines Budgets ersichtlich, wenn der Budgetvollzug sparsam erfolgt. Das wollen wir naturgemäß nützen. Wir haben aber auch eine gute Konjunktur, die uns in diesen Zeiten hilft die schwierigen Herausforderungen zu bewältigen. Wenn die Bundesertragsanteile 2022 um 2,2 % und damit um knapp 2 Mio. Euro steigen und 2023 schon um 6,9 % - damit in absoluten Beträgen um 6 Mio. Euro -, kann man sich ungefähr vorstellen was das für die Finanzen in dieser Stadt bedeutet. Hier spreche ich noch gar nicht von der Kommunalsteuer, die immer schon eine sehr dynamische Entwicklung in Wels hatte und die den Wirtschaftsstandort Wels dementsprechend unterstreicht.

Steigerungsbeträge von 3,5 bis 4 % 2022/23 sind eine Dynamik, die nicht nur zeigt, dass die Löhne steigen, sondern sie zeigt die Steigerung der Anzahl der Arbeitsplätze und dass wir expansiv sind in diesem Wirtschaftsraum. Diese Expansionskraft kommt uns budgetär zu gute.

Wir sind bei den Personalkosten ebenfalls gestiegen. Hier dürfen die regelmäßigen Leistungssteigerungen der Stadt Wels nicht vergessen werden. Ich denke dabei an den Kindergartenbereich. Es wurde ein neuer Kindergarten gebaut, ein zweiter ist gerade in Bau. Damit sind immer wieder neue Gruppen verbunden, diese brauchen neues Personal und das muss im Budget bedeckt werden. Es ist daher kein Wunder, wenn die Personalkosten nach oben gehen müssen, weil die an uns gestellten Anforderungen regelmäßig höher werden.

Es ist nicht der richtige Weg das Haus Magistrat zu Tode zu sparen, sondern wir müssen die Kontinuität in diesem Haus sicherstellen. Wir haben eine Mitarbeiter- und Altersstruktur mit ca. einem Drittel über 55-Jährigen. Wollen wir den Betrieb und Know-how-Transfer in diesem Haus sicherstellen, müssen wir jetzt in Personal investieren, welches hohe Qualität aufweist und lange Zeit hat sich in dieser Stadt zurechtzufinden, um in ihrem späteren Arbeitsbereich auch eingearbeitet zu sein. Es wird uns nichts bringen, wenn hohe Know-how-Träger in Pension gehen und wir haben keinen Nachfolger.

Ich möchte durchaus selbstkritisch sagen nicht davon ausgehen zu können, dass jeder mit 65 Jahren in Pension geht. Oft gibt es ein Problem mit der Gesundheit und dann ist dieser Mitarbeiter oder diese Führungskraft einfach nicht mehr da. Denken wir nur an die plötzliche Pensionierung von Baudirektor DI. Karl Pany, der natürlich ein großes Loch gerissen hat in dieser Stadt mit seinem umfassenden Wissen. Das sind schon Kapazunder, die uns sehr fehlen und diese müssen aufgebaut werden. Dafür braucht es Zeit und nicht nur Know-how. Hier geht es um viel mehr als nur um das Know-how auf der Fachebene. Es geht auch um das Know-how im Zusammenhang mit den Abläufen, mit der Arbeit in der Zusammenarbeit mit der Politik.

Diese Dinge müssen mitbedacht werden und deshalb habe ich kein schlechtes Gewissen wegen dem weiter steigenden Personalbudget. Wollen wir die Qualität in der Stadt Wels sicherstellen und Dienstleister für die Bevölkerung sein, so wird es ohne ausreichendes und qualifiziertes Personal nicht gehen. Noch dazu in der jetzigen Arbeitsmarktsituation, in der es immer schwieriger wird genau diese Leute zu finden. Hat man dann jemanden, so soll nicht gezögert werden diesen Mitarbeiter aufzunehmen.

Der Sachaufwand ist traditionell sparsam budgetiert mit 90 Mio. Euro. Das liegt daran in der Vergangenheit sehr viel in diesem Bereich investiert zu haben, gleichzeitig werden aber die Steigerungsraten moderat gehalten. Das Gleiche trifft auch auf die Subventionen zu.

Sorge bereiten mir die Landestransfers. Es kann nicht sein in einer Zeit wie dieser, wo die Kommunen gerade mit Corona gefordert sind, all die hier vom Bund kommenden Maßnahmen - oft am letzten Tag um 22.00 Uhr - dann am nächsten Tag umsetzen zu müssen. Dabei wird ein Contact-Tracing in einer Selbstverständlichkeit und Qualität verlangt, dass man nicht weiß, wie man das in diesem Moment überhaupt bewältigen soll. Um das zu bewältigen, müssen sehr viele Hilfskräfte aufgenommen werden. Dann muss man noch zusätzlich Millionen an Landestransfers an das Land bezahlen. Diese Landestransfers haben Steigerungsraten, von denen wir bei den Einnahmen nur träumen können. Wenn ich Steigerungsraten bei den Landestransfers von 7 und 6 % habe und wir vergleichen das noch wie beim letzten Mal mit den Kommunalsteuereinnahmen oder den Bundesertragsanteilen, so sind das schon richtig hohe Steigerungsbeträge. Zur ungefähren Vorstellung: Wir bezahlen 30 Mio. Euro pro Jahr mehr an das Land als wir vom Land zurückbekommen. In zwei Jahren investieren wir 30 Mio. Euro.

Das heißt, das Land nimmt uns in Wirklichkeit jedes Jahr das Investitionsvolumen zweier Jahre weg. Das betrifft nicht nur uns als Stadt, sondern ist ein Schlüssel, der sich aus dem Landesfinanzausgleich ergibt. Sinn dahinter ist strukturschwache Gemeinden zu unterstützen. Dafür muss man ein gewisses Verständnis haben. Trotzdem ist es aus meiner Sicht notwendig diesen Landesfinanzausgleich einmal zu überarbeiten und zu schauen, ob das noch zeitgemäß ist. Ich führte dazu ein Gespräch mit dem Landeshauptmann Dr. Thomas Stelzer. Dieser meinte in dieser Periode Gespräche und Verhandlungen über eine Neuausrichtung des Landesfinanzausgleiches aufzunehmen, weil die Dynamik aus unserer Sicht - auch aus Sicht der Städte - nicht mehr bewältigbar ist.

Trotz dieses Faktors aber wegen der zuvor genannten begünstigten Faktoren schaffen wir ein Investitionsvolumen in den nächsten zwei Jahren von 28 Mio. Euro. Dabei geht es nicht nur um die Kindergärten und Schulen. Es geht vor allem um das Hallenbad, welches technisch auf einen neuen Stand gebracht werden soll. Das ist die größte Einzelinvestition. Tätigen wir diese nicht, müssen wir das Hallenbad zusperren. Ich glaube, es lässt sich kaum in einer Stadt mit der hohen Lebensqualität vereinbaren, wenn wir Leistungen kürzen, die von tausenden Welsern jährlich besucht werden. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg. Hier geht es um Investitionen in die Technik, in das Dach. Das sieht der Welser zwar nicht unmittelbar, beim Fehlen würde er es aber jedenfalls vermissen. Das eben die Schließung dieses Bereichs zufolge hätte.

Dann geht es um Investitionen in die IT – ein ganz wichtiger Zukunftsbereich. Dieser kann ohne diese Investition nicht bewältigt werden. Die Feuerwehr ist immer dabei, ebenso Parkanlagen als große Aufenthaltsqualitätsunterstützer in den einzelnen Stadtteilen. Natürlich geht es dabei auch um Infrastruktur. StR. Ganzert bekam überhaupt mit 6,4 Mio. Euro das höchste Budget, wenn auch verhandelt durch den damaligen StR. Schininger. Ich habe noch etwas darauflegen müssen, sonst hätte StR. Ganzert seine Zustimmung nicht erteilt - wie ich ihn bei den Verhandlungen erlebt habe.

Eine in diesem Zusammenhang wichtige und heute in der Zeitung stehende Investition möchte ich herausheben – die Brücke in Schleißheim. Es tut mir leid, wenn das heute in den Medien war. Es war nicht beabsichtigt, aber mit dem muss man in der Politik naturgemäß leben. Es ist die Verbindung des Römerradweges auf der einen Seite und des Landesradweges auf der anderen Seite, die dann plötzlich im Nirvana aufhören und ohne diese Brücke nicht fortgesetzt werden können. Wem das eingefallen ist kann ich selbst nicht sagen, führe es aber darauf zurück, dass zur Verbindung eine Fähre bis in die 50-er und 60-er Jahre über die Traun ging. Jüngere Menschen – so wie ich – kennen diese Fähre nicht mehr. Aber es wurde mir von länger in der Pernau lebenden Personen erzählt.

Die Fähre ist irgendwann weggefallen, die Brücke aber nicht gekommen. Diese Lücke ist jetzt zu schließen, egal ob aus Holz, Metall oder Aluminium. Es geht in Wirklichkeit dann nur mehr um Abstimmungsfragen auch mit den Nachbargemeinden. Bei solch einem Projekt zwischen Nachbargemeinden gibt es Interessen auf beiden Seiten und logischer Weise wird hier ein Kompromiss nicht nur betreffend die Gestaltung, sondern auch betreffend die Kosten gesucht werden. Es ist ein gutes Projekt und hat wesentliche Auswirkungen auf die Mobilität, weil dann ohne große Erschwernisse mit dem Rad in die Arbeit gefahren werden kann. Gerade im Industriegebiet Pernau wird das einen großen



Einfluss haben. Derzeit geht das nur über die Osttangente. Ich bin von diesem Zukunftsprojekt überzeugt und halte es für sinnvoll.

Es gibt sicher viele weitere Projekte, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Wesentlich war uns dabei, dass die Investitionen überwiegend die Stadtteile betreffen. Auch das war vor einem halben Jahr noch in reger Diskussion. Wir fokussierten uns die ersten sechs Jahre auf die Innenstadt und sagten wir wollen die schönste Innenstadt. Das betrifft nicht nur den Weihnachtsmarkt, es betrifft die ganze Platzgestaltung. Im Sommer ist jetzt Leben am Stadtplatz. Man erkennt das auch an den Leerstandsquoten. Derzeit haben wir Leerstandsquoten von 2,9 % in der Innenstadt, das ist ein absolut positiver Rekord österreichweit. Besser ist eigentlich nur die Kärntner und Mariahilfer Straße.

Man kann mit aktiver Stadtpolitik tatsächlich diesen Wirtschaftsraum, diese Innenstadt entsprechend herausputzen. Das wirkt sich auf den Leerstand, auf die Frequenz und die Nächtigungen aus. Als Corona weggefallen ist, hatten wir in Wels einen neuen Nächtigungsrekord. Es ist nicht nur der Wirtschaftstourismus, sondern auch der Städtetourismus, der für Wels immer mehr an Relevanz gewinnt. Das, weil wir eine sanierte Innenstadt haben, weil wir Attraktivitäten, Gastrozone und ein kulturelles Angebot geschafft haben, welches alle in gewisser Weise anspricht, weil wir eine Sportstadt und eine Messestadt sind. Alles Faktoren, die hier eine große Rolle spielen.

Wollen wir den Standort Wels dauerhaft absichern, dann wird das auch in Zukunft so sein. Aber wir werden uns in den nächsten sechs Jahren vermehrt um die Stadtteile kümmern. Dabei geht es nicht nur um die naturgemäß wichtigen Stadtteilzentren, sondern auch um die Frage was die Bevölkerung in diesem Stadtteil will. Was bedeutet denn überhaupt Lebensqualität für die Bewohner des konkreten Stadtteils? Sind das nur Parkanlagen oder schöne Straßen? Reicht das aus und hat das nicht etwas mit dem gesellschaftlichen Leben zu tun, mit Kultur, die dann in den Stadtteilen stattfinden soll?

All diese Fragen wollen wir gemeinsam mit der Bevölkerung erörtern. Deshalb gibt es diese, im nächsten Jahr beginnenden großen Bürgerbeteiligungsprozesse verbunden mit einer klaren Strukturierung der sich daraus ergebenden Maßnahmen und einer klaren Umsetzungsliste dieser Maßnahmen. Die Leute müssen spüren, dass es jemanden gibt, nämlich den Gemeinderat - ich schließe hier niemanden aus -, denen es ein wirkliches Anliegen ist Lebensqualität in dieser Stadt zu schaffen. Schaffen wir das, so sind wir wieder einen ganz großen Schritt weiter Wels zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität zu machen.

Das zweite zentrale Versprechen die Stadt Wels bis 2022 schuldenfrei zu machen ist zugegebenermaßen eines, welches ich vor sechs Jahren postuliert habe und ich glaube wir können das schaffen. Hier bin ich wieder beim Aspekt der Nachhaltigkeit. Nachhaltige Budgetpolitik bedeutet auch schuldenfreie Budgetpolitik und nicht spekulativ unterwegs zu sein. Es bedeutet nicht auf Kosten nächster Generationen jetzt Ausgaben zu tätigen, die man sich später nicht mehr leisten kann. In Wiener Neustadt passierte das. Es mussten nicht nur Bäder zugesperrt, sondern auch Betreuungs-, Alten- und Pflegeeinrichtungen verkauft werden usw. Das ist nicht nachhaltige Politik. Es bringt uns nichts jetzt drei, vier, fünf oder sogar zehn Jahre übersozial zu sein, wenn wir das später zurückzahlen und deshalb die Sozialleistungen überhaupt abschaffen müssen.

Das was wir machen sollen wir uns langfristig leisten können. Das bedeutet für mich nachhaltige Budgetpolitik ohne auf Kosten nächster Generationen zu leben. Momentan herrscht eine historische Ausnahmesituation. Wir haben nämlich historisch niedrige Zinsen - das hat es in dieser Form noch nie gegeben. Für einen Großteil der Darlehen der Stadt Wels zahlen wir 0 % Zinsen. Geld ist volkswirtschaftlich betrachtet nichts anderes als eine Ware. Das bedeutet, wenn ich es mir ausborgen will, dann muss ich normalerweise etwas dafür bezahlen. Nicht umsonst sagte Karl Marx: „Wenn du wissen willst was Geld kostet, versuche es dir auszuborgen.“

Die Marktverzerrung liegt darin, dass Geld derzeit nichts kostet. Das verlockt natürlich! Es verlockt Investitionen vorzunehmen im Überschwang und dafür nichts zu bezahlen. Die Zeiten werden sich wieder ändern. Wir haben derzeit Inflationsraten in Amerika von über 6 %, in Europa bei 4,7 %. Es wird Aufgabe der Europäischen Zentralbank sein die Geldstabilität sicherzustellen. Was ist der erste Weg, um die Geldstabilität sicherzustellen? Das bedeutet nichts anderes als nicht nur Anleihen-Käufe einzustellen, sondern auch an der Zinsschraube zu drehen. Dieses Drehen an der Zinsschraube kann oft sehr schnell gehen. In den Jahren 2005 bis 2010 hat man gesehen wie schnell derartige Zinssteigerungen möglich waren, wo 4 % in vier Jahren dazugekommen sind. Was machen die ganzen Investoren und Projektanten, die ohne Eigenkapital oft Projekte planten und jetzt sehen müssen wie sie das eigentlich finanzieren, weil der Ertrag das nicht hergibt.

Wir haben derzeit Immobilienprojekte mit Erträgen von 3 % bis vielleicht auch nur 2 %. Wie soll das gehen, wenn die Zinsen sich auf 4 % erhöhen? Es entsteht hier so etwas wie eine Immobilienblase und hier muss man aufpassen. Nachhaltig bedeutet daher „nicht spekulativ“ und schuldenfrei bedeutet „das können wir uns leisten“. Das liegt aber natürlich auch daran die Schulden in den letzten Jahren massiv gesenkt zu haben. Wir haben 2015 bei 70 Mio. Euro Schulden begonnen und 2023 werden wir 7,8 Mio. Euro Schulden haben. Jetzt kommt wieder das Argument über den Sparkassenanteilverkauf. 35 Mio. Euro davon sind in die Schuldentilgung geflossen. Die restlichen Millionen haben wir tatsächlich erspart, Überschüsse erzielt. Das ist eine Leistung bei zusätzlichen Rücklagen in Höhe von 30 Mio. Euro.

Es wäre jetzt schon möglich alle Schulden zu tilgen. Ich glaube aber trotzdem einen Liquiditätspolster zu brauchen, weil die Zeiten sich ändern können - eine Stadt muss immer liquide sein. Insgesamt gesehen ist das eine Erfolgsgeschichte und ich bedanke mich ausdrücklich bei allen, die uns bei diesem Weg in den letzten Jahren unterstützt haben. Es war nicht immer ein leichtes Unterfangen. Im zweiten Gemeinderat 2015 wurden einige Beschlüsse mit breiter Mehrheit gefasst, wo wir natürlich viele Dinge auf den Weg gebracht haben, die uns jetzt an dieser Stelle unterstützen. Danke sehr herzlich!

Die Konsequenz für die Welser ist spürbar. Wir haben die Pro-Kopf-Verschuldung von 1.160 Euro auf 125 Euro reduzieren können. Eine Entwicklung, die es so in Österreich nirgends gibt. Nicht in Wien, nicht in Linz, nicht in St. Pölten oder Villach und schon gar nicht in Innsbruck. Daher war es der richtige Weg. Blicken wir drei, vier, fünf Jahre in die Zukunft: Wenn diese Zinserhöhungen kommen, so wird sich auch für die Stadt Wels die eine oder andere Gelegenheit ergeben für uns strategisch wichtige Beteiligungen zu erwerben, die eine Absicherung für die Bevölkerung bedeuten. Gerade was die Vorsorge mit kritischer Infrastruktur betrifft, weil Verkaufsnotwendigkeiten in anderen Bereichen entstehen werden.

Keine Schulden zu machen ist aus meiner Sicht die richtige Budgetpolitik. Dazu sagt Lothar Späth einmal über die Wirtschaftspolitik: „Es gibt keine rechte und keine linke Budgetpolitik, es gibt nur richtige Budgetpolitik“. Richtige Budgetpolitik zu machen ist das, was mir auch am Herzen liegt. Deshalb bin ich froh ein derartiges Budget ohne neue Schulden vorlegen zu können.

Ein derartiger Budgetprozess alle zwei Jahre ist aus meiner Sicht auch ein guter Zeitpunkt vorauszudenken. Was sind die großen Zukunftsfragen in dieser Stadt? Auch wenn der Budgetprozess nur diese zwei Jahre betrifft, habe ich trotzdem eine mittelfristige Finanzplanung. Wir müssen jetzt darüber nachdenken was 2035 oder 2040 die großen Herausforderungen für diese Stadt sein werden. Viele andere und ich werden dann nicht mehr in diesem Haus tätig sein. Es werden neu dazugekommene junge Gemeinderäte sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Das betrifft vor allem die Frage nach der Grenze unseres Wachstums. Wo ist die Grenze in dieser Stadt? Wie wollen wir diese selbst definieren? Wie wollen wir als Stadt in 15 bis 20 Jahren aussehen? Auf 67.000, 70.000 oder 100.000 Einwohner zu wachsen würden wir schon schaffen, wenn die Verdichtung passt. Aber was bedeutet das für unsere Grün- und Freiräume und die Verkehrsinfrastruktur? Ganz viele Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen und wenn jeder glaubt, das ist ganz weit weg, dann sage ich ihnen eines:

Ich habe vor kurzem mit DI. Dr. Pichler von der Stadtentwicklung über die Errichtung von weiteren Wohnungen gesprochen. Das ÖEK sah 2015 vor, dass wir bis 2030 ca. 1.500 Wohnungen errichten. Wir sind jetzt schon bei 1.200 und es sind weitere 4.000 Wohnungen projektiert. Ich will nicht sagen, dass alle errichtet werden. Es kommen immer wieder Projektanten, man projektiert, es rentiert sich nicht und lässt das Ganze wieder fallen. Das zeigt die Dynamik in diesem Bereich, die Problematik der Investoren, was derzeit ihr Geld durch Verwahrentgelt auf der Bank kostet und dass es alternative Anlageformen braucht und diese auch genutzt werden.

Ich will nicht sagen es sei schlecht was derzeit hier passiert – überhaupt nicht. Es gehört nur wohl überlegt was wir tun und wie wir es machen. Wir müssen als Stadt auf den Umgang mit diesen großen Zukunftsfragen vorbereitet sein und uns darüber unterhalten wie es mit der Mobilität aussieht. Das betrifft nicht nur die Frage wie wir uns fortbewegen, sondern auch wo wir uns fortbewegen bzw. ob wir uns überhaupt noch fortbewegen. Das „Wie der Fortbewegung“ betrifft nicht nur ob per Auto, Rad oder Bus, sondern es geht um die Frage mit welchem Treibstoff das passieren soll. Synthetische Treibstoffe, Wasserstoff, Elektrizität – in welche Richtung gehen wir?

Laut Berechnung kostet alleine die Umrüstung der Busflotte in der Stadt Wels auf Wasserstoff 70 Mio. Euro, bei gleichzeitig wesentlich höheren Treibstoffkosten. Das sind Dimensionen bei all der Finanzkraft der Stadt Wels – wir investieren 28 Mio. Euro in zwei Jahren, die wir uns nicht leisten können. Wir wissen derartige Technologien haben Anfangskosten und es kann billiger werden. Aber ist dann der Wasserstoff die richtige Technologie? Bei Betrachtung des Wirkungsgrades meinen manche, er ist es nicht. Was ist ein Wasserstoff, der dann mit Atomstrom produziert wird? Wie nachhaltig ist denn das? Ist der Wasserstoff nicht nur dann grün, wenn er auch mit grünem Strom produziert wird? Lauter Fragen, mit denen wir uns natürlich auseinandersetzen müssen. Die Kreislaufwirtschaft – so wie wir sie uns vorstellen – kann nur dann funktionieren, wenn wir ausreichend grünen Strom produzieren können. Schaffen wir das in Wels überhaupt?

Bei der Frage, wo diese Mobilität stattfinden soll, muss man wissen, dass es derzeit so aussieht als wäre der „Boden“ die einzige Möglichkeit. Was aber ist mit der Luft? Immer mehr wird darüber nachgedacht die ganzen Zustelldienste mit Drohnen zu machen. Soll z.B. am Flughafen ein großer Logistikplatz für diese Art der Zustellung entstehen? Ist das ein Zukunftsmodell für Wels? Wir sollen im nächsten Jahr den großen neuen Vertrag für den Flugplatz abschließen. Für 10, 20 oder wie letztes Mal für 40 Jahre? Wissen wir heute schon, was dort in 10 Jahren passiert? All das sind Fragen, die aus meiner Sicht bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind.

Wie sieht es mit Verkehrsstrassen aus? Brauchen wir solche für autonome Fahrbetriebe? Bei Mercedes wird das Auto als Vision 2025 völlig autonom fahren. Ich bin sicher sie werden das auch schaffen. Was bedeutet das für den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Wels? Wie müssen wir unsere Straßen in der Zukunft bauen? Findet überhaupt noch Mobilität statt? Dazu ein Hinweis: Der derzeit am Schnellsten wachsende Bereich in der Wirtschaft überhaupt ist der Bereich der virtuellen Realität. Ein junger Bereich, weil dort das Leben defacto nichts kostet. Die Leute setzen sich eine Brille auf, haben ihr eigenes Leben, ihr Strandhaus in Malibu, ihre Arbeit als Rechtsanwalt, obwohl sie vielleicht Arbeiter sind, bleiben zu Hause in ihrer Wohnung und konsumieren das Leben völlig woanders. Wird das ein Zukunftsmodell? Es erinnert mich persönlich immer ein wenig an die Matrix. Die Steigerungsraten und die Entwicklungen dort sind gigantisch und wir müssen uns auch damit auseinandersetzen. Fahren wir überhaupt noch in Urlaub oder setzen wir uns einfach eine Brille auf? Machen es die einen so und die anderen so?

Der zweite große Bereich ist naturgemäß die Digitalisierung. Damit meine ich nicht nur die Digitalisierung des Amtes. Der elektronische Akt ist heute für viele eine Selbstverständlichkeit, die Durchführung elektronischer Amtswege sind im Kommen und funktionieren zum Teil sehr gut. Gehen wir noch einen Schritt weiter zur Digitalisierung der Dinge. Wo wird das hinführen, wenn sich der Mistkübel meldet, wenn er voll ist? Ein derzeit einfaches, praktikables und derzeit am Markt natürlich schon bestellbares Modell.

Wie sieht es mit Parkplätzen aus? Bekommt man bei „besetzt“ eine Mitteilung bzw. bei Ablauf der Parkuhr? Fährt der Parkwächter dann nur konkret mehr diesen Parkplatz mit abgelaufener Parkgebühren an? Auch wenn das noch in den Kinderschuhen steckt, ist das etwas mit dem wir uns beschäftigen müssen, wenn wir über die Umstellung der Parkuhren reden. Zu guter Letzt stellt sich die Frage, wie es mit der Digitalisierung des Menschen aussieht? Sozialkontakte werden dann ganz anders ablaufen. Die Pflege soll mit Robotern stattfinden und diese sollen uns die Wärme geben, die an die analoge Behaglichkeit heranführen soll. Wie soll diese analoge Behaglichkeit, das einfache Berühren eines Menschen mit einem anderen Menschen in Zukunft aussehen? Natürlich gibt es in Japan schon Roboter, die diese analoge Behaglichkeit vermitteln sollen. Diese haben Körpertemperatur und fühlen sich wie Menschen an. Aber ist das das Gleiche und wollen wir das? In welche Richtung gehen wir in diesem Zusammenhang? Mit all diesen Zukunftsfragen müssen wir uns beschäftigen.

Auch die Zukunftsfrage der Nachhaltigkeit ist für mich ein wichtiges Thema. Es stimmt, dass 40 % des Co<sub>2</sub>-Ausstoßes durch Gebäude verursacht werden und Grünraum wichtig ist. Wird es einen individuellen Grünraum weiter für jeden geben oder werden wir diese Grünräume genauso mit jedem teilen? Wie sieht die Aufenthaltsqualität dann aus?

Nachhaltigkeit hat für mich nicht nur mit Klimaschutz und Umweltschutz zu tun. Wir haben ein Klimakonzept, welches vorbereitet werden soll. Es geht bei der Nachhaltigkeit um fast alle Bereiche unseres derzeitigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Wie sieht die Nachhaltigkeit bei der Bildung aus? Wie sieht eine nachhaltige Arbeitswelt aus? Es kann nicht sein, dass selbst am Magistrat Mitarbeiter ins Burnout fallen. Ist das eine nachhaltige Arbeitswelt? Nein, das ist es aus meiner Sicht nicht! Wir müssen uns überlegen, wie wird diese Belastbarkeit in Zukunft aussehen und was macht die Nachhaltigkeit tatsächlich aus.

Der vierte große Punkt ist aus meiner Sicht die Leistbarkeit. Es ist wunderbar uns in diesem Hause zu überlegen, was wir alles machen können und wie das alles aussehen soll. Die Frage ist: „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?“ Deswegen ist diese Leistbarkeit für mich eine schwierige und große Frage, vor allem bei einer Steigerung der Mieten in 10 Jahren um 33 %. Die Grundstückspreise sind um mehr als 110 % gestiegen, wobei die Reallöhne seit 2010 defacto stagnieren. Wir haben eine Welt, die immer mehr Ansprüche mit sich bringt. In der derzeit abgebildeten Inflation sind die Kosten der Immobilienpreissteigerungen gar nicht enthalten. Das heißt, real ist das sogar mehr.

Für mich ist das deshalb ein so großes Problem, weil ich mir überlege, ob tatsächlich diese Entwicklung von einer derzeitigen Eigentümergesellschaft hingehend zu einer Mietgesellschaft die Richtung ist, die wir selbst alle wollen. Was passiert dann mit den Menschen mit niedrigen Einkommen, mit dieser Mittelschicht? Diese Schicht kann sich immer schwerer Eigentum schaffen. Wie können wir diese Schichten absichern, dass sie zukünftig auch noch über ausreichendes Vermögen verfügen, um ihren ganz normalen Lebensalltag zu bestreiten? Dabei spreche ich nicht von einer Ferienwohnung da oder dort, sondern nur von dem von ihnen benötigten Eigentum, um dort zu wohnen und ihre Kinder großzuziehen. Wie soll das in Zukunft aussehen?

Mit diesen Fragen müssen wir uns durchaus auseinandersetzen. Vor allem stelle ich fest, dass mit diesem immer höher werdenden Tempo, welches die Menschen nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Freizeitleben und Sozialleben mittragen müssen, immer weniger Menschen tatsächlich mitkommen. Das hat sicher eng mit der Digitalisierung zu tun.

Insgesamt meine ich bei dem heute zu beschließenden Budget diese großen Herausforderungen der Zukunft mit zu bedenken und mit zu berücksichtigen. Ich mache mir keine Sorgen, dass das ein Zukunftsbudget für die nächsten zwei Jahre ist. Ich weise auch auf den eingeschlagenen Reformkurs hin, um weiterhin ausreichende Mittel für die großen Fragen dieser Zeit zu haben, den wir fortsetzen müssen und dafür braucht es nicht nur das Geld, sondern naturgemäß auch die besten Mitarbeiter.

Wir schaffen mit diesem Budget Stabilität, Lebensqualität, Nachhaltigkeit und zeigen mit diesem Budget auch eine Gesellschaft zu sein, die zusammenhält und niemanden im Stich lässt. In diesem Sinn danke für ihre Zustimmung!

GR. Mag. Drack: Es waren sehr viele Wortmeldungen des Bürgermeisters und es wurden sehr ausschweifende und weitgehende Themen erörtert. Aus unserer Sicht erschließt sich dieser Zusammenhang betreffend der in der Breite angesprochenen Themen in sehr wenigen Punkten im Budget. Vor allem war die Zeit sehr knapp, um sich zur Gänze oder eingehend mit dem Budget auseinandersetzen zu können. Die Wahl war am

26. September und seither waren einige tausend Seiten an Material zu bearbeiten. Wir GRÜNE waren bei der Budgeterstellung noch nicht so weit oder kaum eingebunden, sodass wir so aus dem Stand diese vom Bürgermeister angesprochenen Themen und Zusammenhänge nicht beurteilen können.

Aufgefallen ist uns, dass die Stadt Wels auf alle Fälle gut dasteht. Das ist sehr erfreulich und vor der Welser Bevölkerung liegt somit eine gute Zeit. Wels liegt im oberösterreichischen Spitzenfeld und Wels hat vor allem einen finanziellen Spielraum. Das mittelfristige finanzpolitische Ziel ist Schuldenfreiheit bis 2026. Dieser Weg wurde vor sechs Jahren angekündigt und soll weiterverfolgt werden. Schuldentilgung klingt immer gut, ist aber kein Selbstzweck.

Aus unserer Sicht sollten wir in Zeiten wie diesen mit Krisensituationen uns durchaus die Frage stellen, ob dogmatisch an einer möglichst zügigen Schuldentilgung festgehalten werden soll oder ob nicht ein gewisser Spielraum verschafft werden soll, indem die Schulden weniger schnell getilgt werden und somit andere wichtige Projekte finanziert werden könnten. Hier wäre ein Spielraum zum Lukrieren von Geldmitteln gegeben.

Wels besitzt sehr viele große Herausforderungen, wo finanzielle Mittel benötigt werden würden und wir hoffen, dass das Budget einen Teil dazu beiträgt. Wir sehen den größten Bedarf in den Bereichen Jugend, Bildung, Integration, Familie aber auch psychische Unterstützungen, wie z.B. im Bereich Suizid, Prävention oder Krisenhilfe. Genauso in der Existenzsicherung. Das heißt eine soziale Grundversorgung und vor allem eine Delogierungsprävention. Diese Themen werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch massiver werden. Covid hat in der Wirtschaft weniger Spuren hinterlassen als in der Gesamtgesellschaft. Wir sehen hier durchaus eine kommunale Verantwortung die Menschen nicht im Stich zu lassen und dagegen zu steuern.

Vom Finanzdirektor wurde die positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung angesprochen und diese hat einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Gesamthaushaltes. Es wird in die Zukunft geblickt. Wir leben in einer schnelllebigen Zeit und ein Blick in die Zukunft ist durchaus nicht so einfach. Es kann auch sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung ganz anders verläuft als prognostiziert. Laut einem WT 1-Bericht klagen Firmen in Wels massiv über einen Fachkräftemangel. Es geht schon so weit, dass auch Hilfskräfte nicht mehr gefunden werden. Das heißt, die Wirtschaft muss schon Aufträge ablehnen, weil das Personal nicht gefunden werden kann. Das ist aus finanzieller Sicht für die Kommune ein riesengroßes Problem. Die Kommunalsteuereinnahmen sind ein durchaus großer Posten, die uns einnahmenseitig zu Gute kommen.

Wir versuchten das Doppelbudget in einfachen Worten zu fassen bzw. auf den Punkt zu bringen. Es lässt sich gemeinsam mit der Mittelfristigen Finanzplanung charakterisieren durch sehr hohe Ausgaben im Bereich der Investition. Es sind viele Projekte vom Central Park bis über weitere Bautätigkeiten geplant. Gleichzeitig soll die Armutsbekämpfung (lt. WT 1) ein Schwerpunkt sein; das hat uns gefreut und überrascht. In der Rede des Herrn Bürgermeisters war darüber aber wenig zu hören. Das ist einer der Punkte, die uns als GRÜNE-Fraktion sehr wichtig sind und wohin wir besonderes Augenmerk in den nächsten Jahren legen werden.

Wie weit die Aufteilung der finanziellen Mittel wirklich einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leistet, sei dahingestellt. Dazu stellen wir folgende Fragen: Wie sehr verbessern sich durch

den Ergebnishaushalt die Lebensbedingungen jetziger wie nachfolgender Generationen? Wir hörten sehr viele Zahlen zum Budget, aber diese Zahlen mit Leben zu füllen oder ein Verständnis für die Zahlen zu erzeugen erachten wir für sehr wichtig. Vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen was die Lebensqualitäten der Welsler betrifft.

Wie effizient gestalten sich dann auch mittel- und langfristig die Ausgaben und die Vermögensverwaltung in Hinblick auf nachhaltiges Wirtschaften? Das Wort nachhaltig wird sehr schnell in den Mund genommen, aber Nachhaltigkeit ist durchaus ein komplexes Thema und damit könnte man sich z. B. in den Ausschüssen intensiver beschäftigen. Es wird nicht das letzte Budget der Stadt Wels sein. Daher regen wir an, gerade wenn das Thema Nachhaltigkeit eine Bedeutung bekommen soll, sich intensiver in den Ausschüssen damit zu beschäftigen, weil da jeder Bereich gefordert ist.

Ein wichtiger Punkt ist wie sich die Strukturreform in diesem Zusammenhang auswirkte. Inwiefern hat die Strukturreform aus 2015 einen Beitrag geleistet, um die nachhaltige Budgetpolitik abzusichern? Wie sehr stärkt das Budget das Zusammenleben? Zusammenhalt wird einer der größten Herausforderungen sein, vor denen unsere Gesellschaft jetzt steht. Wir haben aktuell massive Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und wenn der Zusammenhalt verloren geht, dann wird das weder der Wirtschaft noch der Kommune etwas bringen. Das ist die Basis für alles Weitere und hier sollten Anstrengungen gesetzt werden, um den Zusammenhalt gewährleisten zu können.

Als letzten Punkt zum Budget ist uns die Frage erlaubt, wie sehr die Aufteilung der Finanzmittel auch das demokratische Gemeinwesen stärkt? In Wels lag die Wahlbeteiligung bei 58 %. Das heißt 42 % der Wähler sind gar nicht mehr zur Wahl gegangen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie kein Interesse an der Politik haben und deshalb sollte unbedingt versucht werden diese Menschen wieder zu gewinnen und für die Kommunen zu begeistern.

In der letzten Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschusssitzung ist die Äußerung gefallen, dass die Stadt kein Sparverein ist. Die der Stadt Wels zur Verfügung stehenden Finanzmittel sollten kein Dogma sein keine Schulden zu haben bzw. nur zu sparen, sondern es sollte immer zuerst die Frage gestellt werden was das den Menschen bringt.

Die GRÜNE-Fraktion stimmt jedenfalls dem Budget zu, waren aber noch kaum eingebunden, weil wir ja erst seit der Wahl im Stadtsenat vertreten sind. Wir stimmen zu, weil wir an das Gesamte denken und uns eine Blockade nicht zweckmäßig erscheint. Konstruktive Zusammenarbeit ist für uns der Weg, der zum freien Spiel der Kräfte am besten passt und uns alle vorwärtsbringen kann. Mit dem Beschluss des Budgets hat die Stadt jetzt Planungssicherheit und der möchten vor allem die GRÜNEN nicht entgegenstehen.

In unserem eigenen Verantwortungsbereich liegt jetzt das Thema Umwelt und Klima – ein GRÜNES Kernthema, welches alle betrifft und ein klassischer Querschnittsbereich ist. Gerade hier wird es notwendig sein die Zusammenarbeit und eine inhaltliche Auseinandersetzung in den jeweiligen Ausschüssen zu pflegen. D. h. nicht nur im Umweltausschuss, sondern wir hoffen es wird in allen Ausschüssen mitgedacht. Es ist das zentrale Thema, welches die nachfolgenden Generationen betreffen wird.

Die Finanzpolitik soll nicht losgelöst von der Gesellschaft agieren. Hier wünschen wir uns mehr Vermittlung in einfacher Sprache auch für die Bevölkerung. Wir sahen heute sehr viele Tabellen und Zahlen. Aber diese Zahlen mit Leben zu füllen oder zu verstehen ist eine große Kunst. Es gibt die Technik der einfachen Sprache und diese ist ausgearbeitet. Schafft man es als politischer Mandatar Dinge für die Bevölkerung bzw. die jüngeren Menschen in einfache Worte zu fassen, so haben wir alle damit gewonnen.

Anregen möchten wir auch noch den Einbezug von externen Fachexperten. Es wurden viele komplexe Themen, viele Zukunftsherausforderungen – auch zum Thema Digitalisierung, Mensch und Natur – angesprochen. Warum sollte die Stadt Wels nicht Fachexperten beispielsweise in den Ausschusssitzungen beiziehen?

In den letzten Jahren kam es zu sehr vielen Kreditüberschreitungen und unserer Meinung nach wäre es gut sich im Vorfeld die getätigten Kreditüberschreitungen anzusehen und die Budgetposten entsprechend anzupassen, damit nicht laufend diese Kreditüberschreitungen notwendig sind. Das Budget beschließen wir heute politisch, aber die Kreditüberschreitungen verlangen dann mitunter nach einer inhaltlichen und politischen Diskussion und belasten die Verwaltung. Im Vorfeld schon einen genaueren Blick auf die Konten und eine realistische Einschätzung zu treffen wäre besser.

Ganz besonders liegt uns die Situation der Kinder, Jugendlichen und der Alleinerzieher am Herzen. In den Medien ist zu vernehmen, dass Kinder und Jugendliche am Massivsten von der Pandemie betroffen sind – Alleinerzieher im ganz Besonderen. Kommunale Verantwortung sehen wir vor allem darin die Menschen nicht im Stich zu lassen. Gerade wenn es seitens des Bundes weniger Unterstützung gibt, weil diese hauptsächlich in den Bereich der Wirtschaft ging und weniger zu den Menschen. Deshalb sollte die Kommune hier stärker unterstützen und die Menschen nicht im Stich lassen.

GR. Wiesinger: Es ist mir ganz wichtig meine Wertschätzung denjenigen auszudrücken, die die Erstellung dieses Budget ermöglichten. Das sind die Steuerzahler, die tagtäglich beim Einkauf mit der Mehrwertsteuer bzw. monatlich mit der Lohnsteuer Steuer zahlen. Dieses Geld bekommt die Stadt Wels zu ihrem Finanzausgleich zur Verfügung gestellt und ermöglicht die Erstellung des Budgets und gewisse Prioritäten zu setzen. Es gibt auf der einen Seite die zu erfüllenden gesetzlichen Bedingungen, aber es gibt auch Dinge, die die Politik für wichtig erachtet. Das wird auch im Budget dargestellt.

Ohne diese Steuerzahlungen wäre ein Sozialstaat, wie wir ihn kennen, nicht möglich. Dafür möchte ich mich bedanken! Mein zweiter Dank geht speziell an die in letzter Zeit sehr gebeutelte Gruppe der Unternehmer. Diese haben wirklich schwere Zeiten hinter sich – und wenn man glaubt was man hört - auch noch vor sich. Die Kommunalsteuer ist eine wichtige Säule der Finanzpolitik der Stadt Wels. Deshalb mein aufrichtiger Dank an die Unternehmer!

Zum Schluss möchte ich den Mitarbeitern des Magistrats meinen Dank aussprechen. Diese sind für die Einhaltung des Budgets verantwortlich. Vielleicht hat jemand ein anderes Bild des Finanzreferenten und denkt dabei an einen Donald Duck, der auf einen Geldschrank sitzt und jeden Euro umdreht. Ich will jetzt nicht dem Bürgermeister und Finanzreferenten absprechen nicht mit Sorgfalt tätig zu sein, sondern er waltet im Gegenteil mit großer Sorgfalt. Er ist sehr umtriebig, kann aber nicht jede einzelne Buchung im Magistrat persönlich überwachen. Dafür gibt es Mitarbeiter unter der Führung von



Finanzdirektor Mag. Christoph Barth. Aber auch jede Dienststelle, jede Abteilung ist für ihr Budget verantwortlich bzw. deren Einhaltung. Ich ersuche den MDStv. Mag. Sturmaier diesen Dank den Mitarbeiter des Magistrates auszurichten.

Blickt man auf den Nationalrat oder auch in den Landtag, so könnte man meinen der Budgetgemeinderat ist ein Hochamt. Im Nationalrat und Landtag dauern diese drei Tage. Auch wir beginnen nicht wie üblich um 15.00 Uhr, sondern schon um 13.00 Uhr. Anstelle von Wortmeldungen gibt es Erklärungen. Etwas Besonders, so könnte man meinen. Ich erinnere mich an Finanzreferenten, die an dieser Stelle ganz besondere Reden hielten. Ein Finanzreferent gab hier ein Zitat von Nestroy zum Besten, dass die Phönizier das Geld erfunden haben, aber leider zu wenig davon. Ich erinnere an einen Finanzreferenten, der von hier oben einen Kassasturz verkündete oder sogar – vor wenigen Minuten - die Schuldenfreiheit im Jahr 2026 ausgerufen hat.

Es gibt Gemeinderatskollegen, die uns vorrechnen wie viele Kilogramm bzw. Seiten diese Unterlagen haben. Auf was möchte ich hinaus? Wir müssen ganz ehrlich sein - das Budget ist sehr umfassend. GR. Mag. Drack sagte schon zu wenig Zeit zum Durchsehen gehabt zu haben und ich bin überzeugt nur Wenige haben dieses Konvolut auch tatsächlich durchgearbeitet und wissen genau was drinnen steht.

Ist das Budget jetzt eine Notwendigkeit oder ist es ein Teil einer Inszenierung? Ich glaube, es ist beides! Zuerst ist es gut, dass der Magistrat intern weiß wie viel Geld er in den einzelnen Dienststellen zur Verfügung hat. Hier sprechen wir von Kopierpapier, Investitionen etc. und es ist wichtig, dass die Bevölkerung erfährt wofür das Geld ausgegeben wird. So geben wir im Jahr 2022 ca. 81,3 Mio. Euro für Personal aus - im Jahr 2023 werden es 83,5 Mio. Euro sein. Das sind rund 38 % des Budgets. Ich führe das so explizit an, weil wir mit diesem – vorweggenommenen – einstimmigen Beschluss auch eine Gehaltserhöhung der Magistratsmitarbeiter eingepreist haben. Gehaltserhöhung vom Bund 3 % und das Land hat das vor kurzem auch so beschlossen. Im Landtag beschlossen das nur zwei Parteien, weil es dort einen Antrag der SPÖ- und GRÜNEN-Fraktion sowie der MFG und den NEOS gab. Diese Parteien stimmten nicht mit und sagten, dass die Landesbediensteten nur 0,5 % Gehaltserhöhung erhalten sollen.

Wels ist anders und wir beschließen heute eine Gehaltserhöhung von 3 % für die Mitarbeiter des Magistrates - das ist mehr als gerechtfertigt. Ein kleines Dankeschön, wenn man zurückdenkt was die Mitarbeiter die letzten Monate geleistet haben. Teilweise wurden sie in anderen Dienststellen eingesetzt und mussten Contact-Tracing machen. Das ist nur ein kleiner Dank.

Wir haben 2022/23 rund 28 Mio. Euro an Investitionen. Davon investieren wir 6,8 Mio. Euro in die Infrastruktur. Hier ist mir wichtig, endlich der Lückenschluss zwischen der Billrothstraße und der Römerstraße (ein Radweg) zu errichten. Wir investieren 700.000 Euro in die öffentliche Beleuchtung - diese trägt zur Sicherheit bei - und ca. 2 Mio. Euro in den Fuhrpark der Stadt Wels und in die Feuerwehr. Die größte Investition mit ca. 4 Mio. Euro erhält das Welldorado. Eine Investition, die wir tätigen, aber von der wir am wenigsten sehen werden, weil es dabei um Filteranlagen und um 4 Mio. Euro für das Dach geht.

Ich sprach auf der anderen Seite zuerst von einer Inszenierung. Warum? Sind wir ganz ehrlich, so ist das Budget nur eine Momentaufnahme. Wir beschließen heute ein Budget und morgen kann es schon wieder ganz anders sein. Alleine heute stehen neun

Kreditoperationen in Höhe von ca. 800.000 Euro auf der Tagesordnung. Das löst im Budget Neuaufnahmen oder Umbuchungen aus. Alleine an dieser Tatsache ist ersichtlich, das Budget ist nur ein Rahmen und ändert sich im Rahmen ständig.

Kollege Mag. Drack erwähnte die Kompliziertheit der Kreditoperationen. Ja, aber teilweise sind es auch Notwendigkeiten. Z. B. kann ein Wasserrohrbruch nicht geplant und budgetiert werden. In den letzten Monaten wurde ein Rettungspaket für die Unternehmer aufgesetzt, Covid-Maßnahmen beschlossen usw. So etwas lässt sich nicht planen, deshalb findet man dies in den sog. Kreditoperationen. Beim Budget gibt es immer wieder die spannende Frage, ob die Fraktionen zustimmen oder nicht. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Budget zustimmen. Warum?

In der Mittelfristigen Finanzplanung ist die Brücke nach Schleißheim enthalten – ein Herzensanliegen der ÖVP-Fraktion, insbesondere von GR. Weidinger. Dafür setzten wir uns jahrzehntelang ein. Jetzt ist sie endlich budgetiert und wird realisiert. Auch für den Abriss der Messehallen setzen wir uns schon jahrzehntelang ein. Denn mit dem Abriss der Messehallen kommen wir zum 1-er-Thema der ÖVP - die Belebung der Traun! Unter dem neuen Namen Central Park geht es darum das Traunufer zu beleben. Ich hoffe die Pläne werden tatsächlich umgesetzt, denn vor der letzten Wahl wurde ein Traunbad präsentiert und versprochen. Allerdings kam dieses nie.

Auch die 800 Jahre Wels-Feiern sind im Budget angeführt. StR. Dr. Oberndorfer ist als Referent zum Teil dafür mitverantwortlich und wir hoffen, dass diese Feiern möglich sein werden. Alleine die Aussage des Finanzreferenten im Jahre 2026 schuldenfrei zu sein, ist ein Grund für unsere Zustimmung. Wir haben in der letzten Periode gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion eine notwendige Struktur- und Magistratsreform verhandelt, beschlossen und auch umgesetzt. Das ist der Lohn der ganzen Strukturreformen und jetzt haben wir die Möglichkeit 2026 schuldenfrei sein zu können.

Im Jahr 2016 wurde das erste Budget nach einer Wahl auch fast einstimmig beschlossen. Soweit ich mich erinnere haben sich die GRÜNEN der Stimme enthalten. Also es ist nicht unüblich eine breite Mehrheit für ein Budget nach einer Wahl zu bekommen.

Abschließend möchte ich eine sehr persönliche Anmerkung zu diesem Budget an sie richten. Ich hörte weder im Ordentlichen Haushalt noch in der Mittelfristen Finanzplanung und vor allem in den Ausführungen des Bürgermeisters kein Wort über den Kaiser-Josef-Platz. Wir bekannten uns alle zum Umbau des Kaiser-Josef-Platzes. Wir sprachen immer von einem West- und Ostteil, d.h. wir bauen in zwei Teilen. Der Kaiser-Josef-Platz ist als „Name“ im Budget nicht vorgesehen. Vielleicht habe ich es auch übersehen, aber wir sind es den Welsern schuldig den restlichen Teil des Kaiser-Josef-Platzes umzubauen. Der Umbau wird sicher einige Millionen Euro kosten.

Zusammenfassend kann gesagt werden es ist ein solides, unspektakuläres Budget. Bei jedem Budget kann etwas Positives oder Negatives gefunden werden, aber in Summe überwiegt das Positive. Wir stehen vor sehr herausfordernden Zeiten. Wir alle wissen nicht was die nächsten Monate bringen. Deshalb mein Appell: Arbeiten wir gemeinsam daran, dass Wels noch eine bessere und vor allem lebenswertere Stadt wird.

GR. Huber, MPA: Zunächst darf ich im Namen der SPÖ-Fraktion meinen Dank an die Mitarbeiter der Finanzdirektion aussprechen - allen voran dem neuen Finanzdirektor

Mag. Christoph Barth. Wir hörten schon die Eckdaten des Budgets. Es wurden wieder sehr gute Kennzahlen präsentiert und ich höre jetzt schon den FPÖ-Fraktionsobmann StR. Ralph Schäfer, BSc MSc sagen, das ist nachhaltige, generationengerechte Politik und so sieht freiheitliche Budgetpolitik aus.

Das mag alles gut und recht sein. Ich gebe zu es gibt erfreuliche Kennzahlen, wie Abbau der Schulden, Reduzierung der Pro-Kopf-Verschuldung. Aber man kann den Verkauf der Sparkassenanteile in der Höhe von knapp 72 Mio. Euro nicht oft genug erwähnen, denn dieser hat dem Finanzreferenten 2016 schon einen sehr guten Start ermöglicht. Außerdem gibt die Auflösung der Pensionsrücklagen jährlich rund 11 Mio. Euro an Spielraum. Um Investitionen tätigen zu können, müssen Rücklagen entnommen werden.

Das Jahr 2020/21 war überschattet von der Corona-Pandemie, die das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark veränderte sowie von finanziellen Auswirkungen, wie das Fehlen der Einnahmen aus Leistungen wie Kommunalsteuer, dafür höhere Ausgaben durch die Pandemie (Stichwort Personalausgaben). Betreffend Corona möchte ich allen Mitarbeitern des Hauses danken, die zu dieser Zeit wirklich enorm viel geleistet haben, insbesondere den Krisenstab. Aber ganz besonders jenen sei gedankt, die mit der Pflege, im Klinikum oder beim Roten Kreuz beschäftigt sind.

Leider wurde das Doppelbudget unter großem Druck gestaltet. Viele Bereiche wurden fortgeschrieben. Die neuen Referenten hatten kaum Zeit zur Einarbeitung bzw. um neue Ideen einzubringen. Es ist schon nett, wenn der Bürgermeister meint das Budget mit den alten Referenten ausverhandelt zu haben. Aber ausverhandelt heißt, dass er uns einfach nicht mehr Geld gegeben hat. Einige Gemeinderäte hatten zwei Tage vor dieser Sitzung nicht einmal die Budgetunterlagen. Es stellt sich hier die Frage, warum dieses Durchpeitschen so notwendig ist?

Ein Budget ist bekanntlich eine in Zahlen gegossene Politik und Politik ist die Kunst des Machbaren und die Kunst des Kompromisses. Daher möchte ich den Blick auf das Machbare und den Kompromiss legen. Machbar ist sicher der Central Park - dieser wird sicher zur Wahl fertig sein - ein Lieblingsprojekt unseres Bürgermeisters! Es gibt einen Masterplan mit 100.000 Euro für 2022, 300.000 Euro 2023 und dann in den Folgejahren 2025/26 ca. 4 Mio. Euro für den Park und 1,5 Mio. Euro für den Abriss der Messehallen. Machbar ist auch die Sanierung der Räumlichkeiten für den neuen Verein „Treffpunkt Wels“, denn hier gibt es sogleich 416.000 Euro. Machbar ist ein neues WC in der Innenstadt, aber wieder einmal nicht eine ordentliche öffentliche Toilette im Tiergarten.

Erfreulich ist das Bekenntnis zu mehr Grünraum in diesem Budget. Das ist eine Fortsetzung meines Weges als damals zuständige Referentin. So gibt es im Bereich der Zuständigkeit von Vzbgm. Kroiß für 2022/23 für die Neuanlagen rund 1,3 Mio. Euro. So viel gab es noch nie! Aber ich fordere den Personalreferenten Bgm. Dr. Andreas Rabl auf endlich dafür die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung zu stellen. Man kann es als leicht rühmen „die Personalkosten sinken und werden unterschritten“, aber das Personal muss bereitgestellt werden. Jetzt hängen noch Großprojekte aus der vergangenen Gemeinderatsperiode in der Warteschleife. Ich denke an den Park Laahe, an den Friedenspark oder den Torbogen im Schlosspark Lichtenegg. War er doch nach einem medialen Zuruf kurz vor der Wahl so unheimlich wichtig, ist er jetzt für 2023 budgetiert und nach dem Jahr kann er wahrscheinlich wieder etwas warten.

Als ehemalige Umweltreferentin und Pernauerin bin ich schon etwas sauer, dass die Planung für das neue ASZ am Standort Mitterhoferstraße auf 2023 verschoben wurde und es erst 2024 dort ein neues Abfallsammelzentrum geben wird. Angesichts der mehr als 600 gesammelten Unterschriften von Bewohnern der Pernau ist das irgendwie eine Verhöhnung. Das könnte schneller angegangen werden.

Ich freue mich über das Geld für eine von uns geforderten Klimastrategie in Wels, welche unter mir in das Budget aufgenommen wurde, und dass es StR. Rammerstorfer gelungen ist im ersten Jahr noch 30.000 Euro mehr herauszuholen. Wir müssen einfach diese Strategie haben, wenn wir über Einzelmaßnahmen hinauskommen wollen. Es verwundert die Nichtkritik der GRÜNE-Fraktion, dass es wieder einmal so wenig gibt im Bereich Umweltschutz, im Bereich Subventionen. Es wird eine von uns und der GRÜNE-Fraktion geforderte Klimaleitstelle sicher wieder nicht geben. Es wird auch nicht mehr Geld für Fassadenbegrünung, Förderung von Green-Events geben, sondern wie in letzten sechs Jahren 25.000 Euro.

Der Frauenbereich bleibt weiterhin unterdotiert, obwohl wir mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind. 17.000 Euro Jahresbudget - etwas mehr als ich hatte. In meiner Budgetrede 2019 berichtete ich über das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“. Ich forderte damals Mittel dafür. Dank dem großartigen Einsatz der Frauenbeauftragten Claudia Glössl und dem Frauenhaus Wels ist es gelungen einen Piloten nach Wels zu holen, wo dieses Projekt gerade abgehalten wird. Von den geforderten 25.000 Euro für das Jahr 2022 und 40.000 Euro 2023/24 gibt es jetzt dann nur mehr jährlich 10.000 Euro unter dem Titel „Bewusstseinsbildung“. Der Pilot läuft im Mai 2022 aus und eine Fortsetzung ist mit 10.000 Euro einfach nicht machbar. Ich bin gespannt auf das diesbezügliche Vorhaben der zuständigen Referentin Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger. Wir sind uns alle einig, Gewalt an Frauen ist präsenter denn je. Denken sie nur an die vielen Frauenmorde. Es gibt Handlungsbedarf auf allen Ebenen.

Handlungsbedarf gibt es auch im Bereich der Pflege. Wann gibt es endlich den von uns geforderten Pflege- oder Gesundheitsgipfel? Es braucht einen Ausbau der mobilen Dienste, eine Erweiterung der Kurzzeitpflegeangebote, eine dritte Demenz-WG. Wie kommen wir dringend zum benötigten Pflegepersonal? Auch wenn hier die Zuständigkeiten durchaus beim Land liegen, müssen wir uns diesem Thema stellen. Vielleicht gilt es die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Was ist mit Projekt Community Nursing? Der Förderpool startete am 21.10.2021. Demnach sollen Pflegekräfte wohnortnah als Ansprechpartner – insbesondere aufsuchend zu Pflegenden und Angehörige – kommen. Ich hoffe hier sind wir dabei und können für die Stadt etwas erreichen. Die unter der SPÖ-Fraktion in die Wege geleiteten Projekte von 2015 sind jetzt alle umgesetzt. Nur mehr das Generationenwohnen fehlt. Welche Visionen und Ansätze gibt es im Sozialbereich? Die Herausforderungen sind groß

Im Bereich der Kinderbetreuung ist der Ausbau zwar sehr erfreulich, doch es geht nicht nur um die Hardware, sondern auch um die Software. Als SPÖ-Fraktion pochen wir weiterhin auf einen höheren Betreuungsschlüssel in den Gruppen. Jetzt höre ich wieder das Argument der Personalkosten und Sprachförderung in diesem Bereich. Ja, die Kosten sind gestiegen, sie sind jetzt in der Sprachförderung und werden als Integrationskosten dargestellt. In Wirklichkeit waren sie vorher in der Gruppe. Sie sind mehr geworden, keine

Frage. Die Studie Ganztagesesschule VS Neustadt ist im Jahr 2024 budgetiert. D.h. bis 2025 wird es dort auch keine geben. Hier werden wir sicher Druck aufbauen.

Zum Thema Verkehr, Mobilität und Bildung werden sich noch die SPÖ-Referenten Vzbgm. Mag. Klaus Schininger und StR. Stefan Ganzert zu Wort melden.

Vielleicht kurz zum Sport: Dem Sportreferenten stehen ca. 700.000 Euro an Sportförderung zur Verfügung und ich verstehe einfach nicht warum die Dachverbände ASKÖ, ASVÖ und UNION seit 2020 kein Geld mehr bekommen - 12.000 Euro für alle drei. Zum Vergleich bekommt jeder Dachverband in Steyr 15.000 Euro. Wenn sich die FPÖ-Fraktion in ihrer Ausgabe „Wels Aktuell“ zu Trendsportarten bekennt, ist es für mich unerklärlich warum man dem ASKÖ Wels für die drei Padel-Courts nichts gegeben hat. Der Sportreferent wird das sicher beantworten.

Alle Fraktionen bekennen sich grundsätzlich zu Vereinen und privaten Institutionen in unserer Stadt, die in allen Gesellschaftsbereichen unschätzbare Arbeit leisten. Die Budgetmittel werden fortgeschrieben in den nächsten Jahren. Was heißt das? Wenn sie fortgeschrieben werden, obwohl die Personalkosten steigen und die Mittel gleichbleiben, dann ist das einfach weniger Geld. Kontinuierlich weniger Geld für unsere Vereine. Vereine, wie z.B. das Kinderschutzzentrum Tandem, sind auf gütige Spender angewiesen. Das könnten wir besser hinkriegen!

Das Doppelbudget ist eine Fortschreibung vieler Dinge. Die Wahlversprechen und Lieblingsprojekte des Bürgermeisters sind bedeckt und werden vor der nächsten Wahl sicher fertig. Die SPÖ-Fraktion wird dem Doppelbudget zustimmen, weil dieses Budget durchaus gute Projekte von unterschiedlichen Referenten beinhaltet. Aber wir werden ganz sicher nicht müde werden jene Bereiche aufzuzeigen und Forderungen zu stellen, die unserer Meinung nach zu wenig berücksichtigt werden. Wir wissen es alle, während einem Doppelbudget kommen immer wieder neue Projekte und können umgesetzt werden, wo ein Wille, da ein Weg! Aber ich gebe zu bedenken - es ist nicht unser Geld! Es ist das Geld der Steuerzahler.

Es braucht noch mehr qualitativen Schub in der Kinderbetreuung, Förderung der Jugend, neue Akzente beim öffentlichen Personen- und Nahverkehr. Manches haben unsere Referenten selbst in der Hand, anderes werden wir mittels Anträge einfordern. Die Sozialdemokratie hat sich in den vergangenen Jahren mit einer klaren Haltung immer wieder dafür eingesetzt Ungerechtigkeiten abzufedern und soziale Missstände zu lindern. Wir werden auf die soziale Handschrift in dieser Stadt ein Auge haben, auf Gendergerechtigkeit, Klimaschutz und Chancengleichheit sowie auf beste Bildung für unsere Kinder. Wie John F. Kennedy einst meinte: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung - keine Bildung“ und „Es gibt keinen Fortschritt, wenn die Menschen kein Vertrauen in die Zukunft haben“.

GR. Mag. Lackner: Mit dem vorliegenden Doppelbudget 2022/23 haben wir gemeinsam, liebe Kollegen, die Möglichkeit den Erfolgskurs unserer schönen Stadt Wels weiter fortzuführen. Uns allen ist bewusst, die Voranschläge sind geprägt von den massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie. Aber ein Weg, um aus der Krise herauszukommen, ist ein sinnvolles Investieren. Genau diese Investitionen setzen wir in diesem Doppelbudget um.

Wir gehen mit dem Steuergeld sehr effizient und sorgsam um. Wir setzen mit unseren geplanten Investitionen Finanzimpulse um, die die Wirtschaft ankurbeln und somit unsere Stadt zukunftsfit machen. Ich möchte daher nur ganz kurz auf einige Eckpunkte des Budgets eingehen: 247 Mio. Euro Einnahmen stehen 244 Mio. Euro Ausgaben gegenüber. Das ist ein Überschuss von ca. 3 Mio. Euro im Jahr 2022. Im Jahr 2023 wird es einen Überschuss von ca. 10,7 Mio. Euro geben. Die Einnahmenseite setzt sich vor allem aus den Ertragsanteilen, auf deren Höhe wir keinen Einfluss haben, und aus den eigenen Steuern, wie der Kommunalsteuer zusammen.

Daher ist es für uns enorm wichtig, dass Wels weiterhin zu den Top-Wirtschaftsstandorten zählt und die hier ansässigen Betriebe, die sowohl national als auch international erfolgreich sind, ihren Standort in Wels beibehalten, hier expandieren bzw. dass sich neue Unternehmen in Wels ansiedeln. Denn das erhöht die Steuereinnahmen und schafft neue Arbeitsplätze, die dringend notwendig sind.

Ausgabenseitig sind die Personalkosten einer der großen Positionen. Die zusätzlichen Kosten entstehen durch die Qualitätssteigerung, aber in der letzten Zeit auch durch den Mehraufwand für die Bewältigung der Corona-Krise. Neben den Ausgaben für Krisenstab und Contact-Tracing wurden seitens der Stadt Wels auch Testmöglichkeiten in den Messehallen und mit den Testbussen schnell zur Verfügung gestellt. Die ständig wechselnden Vorgaben des Bundes stellen uns alle – insbesondere die Behörden – vor eine sehr große Herausforderung. Die vorhandenen Testkapazitäten des Landes reichten bei weitem nicht aus und es kam zu sehr langen Wartezeiten. Seitens der Stadt Wels wurde darauf sofort reagiert und für die Welser Bevölkerung zusätzliche Testkapazitäten eingerichtet. Das könnte natürlich jeder Zeit wieder notwendig sein. Dass dafür zusätzliche Personaleinheiten notwendig sind, liegt wohl auf der Hand.

Auch in Zukunft werden wir als Stadt Wels dafür sorgen der Welser Bevölkerung die erforderlichen Kapazitäten natürlich zur Verfügung zu stellen, damit jeder seiner Arbeit nachgehen kann. Neben den Personalkosten sind auch die Sachausgaben und die Transferträger des öffentlichen Rechtes die weiteren großen Positionen auf der Ausgabenseite.

Lieber Kollege Mag. Drack! In diesem Budget ist es uns auch gelungen die Ermessenssubventionen in dieser schwierigen Zeit auf dem derzeitigen Niveau halten zu können. Denke ich hier an die Vereine, sei es im Sport- oder Kulturbereich, so leisten diese eine sehr wertvolle Jugend- und Integrationsarbeit und gewährleisten damit den Zusammenhalt in der Bevölkerung. Durch ein verantwortungsvolles Handeln werden wir weiterhin Schulden abbauen. Dafür gab es ein großes Lob vom Landesrechnungshof und bis zum Jahr 2026 wird die Stadt Wels schuldenfrei sein.

Blicken wir ganz kurz über die Stadtgrenzen hinweg: Wenn wir uns mit der Stadt Linz vergleichen, so hat Linz ca. 750 Mio. Euro Schulden ohne die ausgelagerten Betriebe. Rechnet man diese Betriebe dazu belaufen sich die Schulden auf 1,5 Mrd. Euro. Schuldenmachen dürfte dort anscheinend System haben. Sehen wir uns weiter die Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich an, so wird sie in Wels trotz der Corona-Krise mit 125 Euro im Jahr 2023 die niedrigste seit 10 Jahren sein. Das kann sich sehen lassen! In Linz liegt der Schuldenstand pro Einwohner bei ca. 3.600 Euro. Linz bleibt hier weiterhin im negativen Spitzenfeld. In Wien haben wir eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 750 Euro,

also sechs Mal so viel wie hier in Wels. Anscheinend sitzt das Geld in manch anderen Städten doch sehr locker.

Lieber Kollege Mag. Drack, auch jetzt, eine Woche vor Weihnachten, haben wir nichts zu verschenken. Dank des Herrn Bürgermeisters schafften wir es einen finanziellen Spielraum zu haben und das Ganze ohne Neuverschuldung machen zu können. Uns geht es um vernünftiges Haushalten, um generationengerechtes Handeln und dass die Stadt weiterhin zukunftsfit ist. In den kommenden zwei Jahren sind daher jeweils ca. 14 Mio. Euro im Investitionshaushalt vorgesehen.

Es sind Investitionen geplant in die Infrastruktur, wie in die Radwege, in die Straßen, in die öffentliche Beleuchtung, in die Feuerwehr, in den städtischen Fuhrpark oder eben auch ins Welldorado. Weitere Schwerpunkte sind in den Parkanlagen, in den Kinderspielplätzen – hier ganz besonders in den Stadtteilen – und ganz wichtig in den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Traunbrücke nach Schleißheim. Es sind nur einige wenige Beispiele, jedoch allesamt Investitionen, die der Welser Bevölkerung zugutekommen.

Das vorliegende Budget ist somit ein absolutes Zukunftsbudget. So sieht eben nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik aus. Zum Schluss möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der FPÖ-Fraktion bei allen Mitarbeitern im Hause Magistrat, ganz besonders bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion unter der Leitung von FD Mag. Barth herzlich für ihre hervorragende Arbeit im ganzen Jahr bedanken. Bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion auch für die hervorragende Aufbereitung und Zusammenstellung der Unterlagen.

StR. Rammerstorfer: Von den künftigen Generationen war jetzt schon mehrfach die Rede. Das größte Problem der künftigen Generation wird nicht das Budget sein, sondern ob die Zivilisation in der Form, wie wir sie kennen, überhaupt noch existiert. Dementsprechend möchte ich mich zur Klimaproblematik noch kurz zu Wort melden. Diese rückte in den letzten Jahren endlich von einem Randgruppenthema einiger Ökos oder GRÜNEN zu einem allgemein akzeptierten Thema in den Fokus der Weltöffentlichkeit.

Der von Menschen gemachte Klimawandel und die Folgen sind spätestens seit der Konferenz in Rio de Janeiro 1992 wissenschaftlicher Konsens. Vor bald 30 Jahren wurde die Klimakonvention von 154 Staaten – darunter Österreich – unterfertigt. Manche Dinge dauern etwas länger bis sie sich nach Wels herumsprechen. Mittlerweile sind der Klimawandel und der Klimaschutz für alle Parteien ein Thema.

Es tut sich auch einiges in der Bevölkerung. Viele Initiativen sind entstanden, die sich mit Umwelt- und Klimaschutz befassen und in ihren Lebensbereichen versuchen diese umzusetzen: In Schulen und Kindergärten, in Pfarrgemeinden und Stadtteilen, in Vereinen und Veranstaltungsorten. Einem sehr großen Teil der Menschen ist klar geworden, wenn wir nichts ändern wird sich alles ändern, und zwar zum Negativen. Die kommunale Wirtschaft, wie die eww ag oder die Firma Fronius, setzen längst auf Umwelttechnologie. Bio-Produkte finden wir heute nicht nur in Spezialläden, sondern in allen Supermärkten der Stadt. Die Produktpalette und die Plätze, die sie in diesen Supermärkten bekommen wächst täglich.

Das Umdenken ist da und täglich wächst auch das Bewusstsein für die Gefahren, aber auch die Chancen, mit denen wir konfrontiert sind. Nun müssen wir in der Kommunalpolitik liefern. Einer der wesentlichen Punkte im Budget und warum wir zustimmen ist die

deutliche Aufstockung der Mittel für eine verbindliche Klimastrategie. Diese Strategie kann, wenn sie mehr als Kosmetik sein soll, nur im Zusammenwirken aller Parteien entstehen und umgesetzt werden. Dieses Zusammenwirken muss natürlich auch die Initiativen und Ideen der Zivilgesellschaft berücksichtigen und aufgreifen. Ich freue mich auf diesen Prozess, mit dem wir so bald als möglich beginnen werden.

Im Laufe der Diskussion war immer wieder von der Lebensqualität die Rede. Eine klimafreundliche Politik muss nicht zwangsläufig zu Lasten der Lebensqualität gehen. Weniger Autos auf den Straßen und mehr Radfahrer bedeuten weniger Lärm und Staub. Sogar für die Menschen, die nicht auf das Auto verzichten können oder wollen, ist weniger Autoverkehr ein Vorteil. Eine Städteplanung, die nicht auf Zersiedelung setzt und nicht in Wachstum, bei dem man nicht weiß wohin es führen soll. Wir wissen nicht einmal wie viele leerstehende Wohnungen wir in Wels haben. Schätzungen gehen von bis zu 2.000 aus. Warum wir dann noch 4.000 Wohnungen bauen, sei dahingestellt.

Bei der Städteplanung brauchen wir mehr Platz zum Leben. Hier bin ich über das Projekt Central Park sehr froh. Es muss sehr auf die Umsetzung im Sinne der Biodiversität und im Sinne einer wirklichen Kühlung der Innenstadt und des Artenschutzes und weiterer Aspekte geachtet werden. Auch gesundes Essen aus der Umgebung wird uns nicht umbringen und stärkt die regionale Wirtschaft. Eine kluge Bepflanzung und Begrünung sorgt für eine Kühlung bei den zu erwartenden Hitzewellen. Diese Hitzewellen stellen eine enorme Belastung für den menschlichen Organismus dar. Es gibt Jahr für Jahr 10.000 Klimatote in Europa aufgrund Belastungen durch die Hitzewellen für Herz- und Kreislauferkrankungen, Atemwegserkrankungen und mehr Hautkrebsfälle durch erhöhte UV-Strahlung.

Es gibt viel zu tun. Aber das Gute ist, wir können auch viel tun. Wir haben viele Möglichkeiten die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Wir müssen sie nutzen und es sind dementsprechend alle eingeladen sich in den nächsten Jahren daran zu beteiligen. Ich hoffe, dass wir eine gute verbindliche Klimastrategie zusammenbekommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Die Stadt Wels besteht aus vielen Teilen: Menschen, die hier leben und arbeiten, Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und in den Standort investieren. Kinder, die hier aufwachsen und in den Kindergarten gehen, Jugendliche, die in Wels die Schule besuchen und für sich ein zugeschnittenes Freizeitprogramm erwarten. Ältere Menschen, die in Wels ihren Ruhestand verbringen und Menschen, die unserer besonderen sozialen Aufmerksamkeit bedürfen.

Wels nachhaltig zu stärken, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen und klare Strategien für unsere Stadt zu entwickeln sind die Eckpfeiler dieses Doppelbudgets. Hinter den Zahlen der nächsten zwei Jahre stehen Projekte, die auf klaren zukunftsstauglichen Planungen basieren und an denen sich die Stadt orientiert. Wirtschaft, Infrastruktur, Mobilität, Stadtentwicklung, Gesundheit, Soziales, Familien, Kultur, Sport, Bildung, Freizeit, Umweltschutz, Grünräume und noch viel mehr.

Die Stadt stellt mit ihren Maßnahmen damit die nachhaltige Weiterentwicklung sicher. Nicht alle Leistungen sind sichtbar und für jeden einzelnen Welser spürbar, aber in ihrer Gesamtheit tragen sie dazu bei Wels noch lebenswerter zu gestalten. Vor den Zahlen kommen Inhalte, Werte und Ziele. Diese dann in Zahlen in einem Budget zusammenzufassen ist die Aufgabe der Mitarbeiter in unserem Haus, federführend von



unserem neuen Finanzdirektor Mag. Barth. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern für diese schwierige Aufgabe bedanken und ihnen meinen Respekt für das uns vorliegende Budget entgegenbringen. Mit viel Weitblick und Verantwortung der Stadt und unseren Bewohnern gegenüber hat unserer Finanzreferent Bürgermeister Dr. Rabl ein Budget ausverhandelt, welches einerseits alle Bereiche bedient und andererseits es schafft den Überschuss darzustellen.

Das neue Budget bestehend aus Finanzierungs- und Ergebnishaushalt - wobei der Ergebnishaushalt letztlich das finanzielle Gesamtbild abbildet - zeigt, dass Wels auf soliden und gesunden Beinen steht. Das Doppelbudget wurde mit allen Referenten erarbeitet und diskutiert. Natürlich ist es meist nie genug! Gleichzeitig muss man sich die Frage stellen, wie viel kann das Haus Magistrat abarbeiten und bewältigen? So ein Budget soll in diese Richtung immer eine realistische Darstellung sein. Aktivpass, Tageszentren, Generationentreff, Alten- und Pflegeheime, die Mobilen Dienste der Stadt Wels und die Mitarbeiter der Seniorenbetreuung, der Sozialen Hilfen kümmern sich um die Belange der zu pflegenden und älteren Menschen dieser Stadt.

Natürlich – dazu ist die Stadt Wels verpflichtet – leisten wir soziale Grundversorgung. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Projekt TRIANGEL bedanken. Es wird von der Stadt Wels unterstützt und leistet hervorragende Arbeit in der Delogierungsprävention. Ein großartiges tolles Projekt. Liebe Silvia Huber, wir haben uns natürlich für die Community Nursing beworben. Ich habe im Sozialausschuss darüber berichtet und freue mich im Jänner oder Februar Bescheid zu bekommen, ob wir Unterstützung vom Bund bekommen oder nicht.

Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt mit ihrem Angebot die Eltern- und Mutterberatung IGLU, die frühen Hilfe und die jungen Familien. Genauso wichtig ist aber auch die Arbeit der Sozialarbeiter im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die nicht immer ganz so einfach aber konfliktfrei ist. In den Sozialen Hilfen kümmern sich Sozialarbeiter um Familienangelegenheiten, aber auch um die Beratung von suchterkrankten Menschen. Wels übernimmt in diesen Bereichen eine große soziale Verantwortung. Das ist der Stadt Wels jährlich 40 Mio. Euro wert.

Neben vielen Sport- und Freizeiteinrichtungen ist sich die Stadt auch der kulturellen Bedeutung bewusst. Ob Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen, kulturelle Jugendveranstaltungen, Wels hat für alle etwas zu bieten. Kinder und Jugendliche für Kunst und Kultur zu begeistern muss eines unserer Hauptanliegen im Kulturbereich sein. Gerade im Jahr 2022, in dem Wels 800 Jahre feiert, kann sich die Stadt kulturell von seiner besten Seite präsentieren. Die Entwicklung der Innenstadt hat uns in den letzten Jahren ein sehr erfolgreiches und positives Ranking beschert und hat viele Besucher nach Wels gelockt. Manche Städte blicken neidisch und auch respektvoll auf unseren Vermietungsgrad.

Die Gestaltung des Stadtplatzes und Kaiser-Josef-Platzes belebten den Charme unserer Stadt wieder neu. Markus, ich muss dir Recht geben, umso wichtiger ist es jetzt diesen Weg weiterzugehen und auch den Umbau des Kaiser-Josef-Platzes West zu vervollständigen. Ein großes Projekt ist der Central Park. Ich versichere ihnen, das ist jetzt nur ein Arbeitstitel, der uns die nächsten sechs Jahre begleiten wird. In den Jahren 2022/23 sind 400.000 Euro für Bürgerbeteiligung und Planung vorgesehen. Insgesamt werden ca. 8 Mio. Euro in diese 5 ha große Parkanlage an der Traun investiert und damit ein

Naherholungsgebiet für alle Welsler geschaffen, das seinesgleichen sucht. In enger Abstimmung mit der Messe Wels und dem Aufsichtsrat werden die Messehallen Ost abgerissen und eine neue moderne gebaut.

Das Budget einer Stadt erfüllt viele Funktionen. Es stellt die tägliche Arbeit dar und gibt die Richtung für die Zukunft vor. Keine neuen Schulden und das Erwirtschaften eines Überschusses sind die dahinterstehenden Ziele. Gleichzeitig braucht das Budget aber den nötigen Spielraum für kurzfristige Entscheidungen und um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können. Die Stadt Wels geht seit sechs Jahren einen sehr erfolgreichen, zukunftsweisenden und selbstsicheren Weg in Oberösterreich.

Es sind die Menschen, die eine Stadt mit Leben erfüllen und sich im täglichen Miteinander und Zusammenleben der Geschlechter, Kultur und Generationen gemeinsam erleben. Daher liegt es in unserer Verantwortung und im Rahmen unserer Möglichkeiten allen Welslern ein lebenswertes, sicheres und zukunftsweisendes Umfeld zu bieten.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Zuerst möchte ich mich bedanken für die Möglichkeit per Video zugeschaltet zu werden. Es war sicher ein hoher technischer Aufwand, aber es sollen aufgrund der ins Haus stehenden Pandemie so wenig wie möglich Kontakte produziert werden. Deshalb ist solch ein Angebot bei einer Gemeinderatssitzung einfach nötig.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des Hauses für die Erstellung dieses Zahlenwerkes. Es wurde wie immer in einer hohen Professionalität erstellt. Ich möchte gerne zwei oder drei Punkte des Budgets ansprechen, in deren Bereichen wir ambitionierter vorgehen müssten. Laut Bürgermeister ist das ein Zukunftsbudget. Das stimmt, denn in manchen Bereichen sind die notwendigen Bedeckungen in die Zukunft verschoben worden.

Bei den Ganztagesesschulen ist uns in den letzten Jahren ein großer Schritt nach vorne gelungen, aber das jetzt vorliegende Budget ist sehr unambitioniert und ermöglicht den Schulen ohne entsprechende Infrastruktur zur Umsetzung der Ganztagesesschule nicht in den Ganztageseschulbereich einzusteigen. Die mit dem Bürgermeister vereinbarten Projektkosten für die Vorbereitung der Volksschulen in der Neustadt und Lichtenegg zum Einstieg in den Ganztagesbereich sind für 2024/25 vorzuschieben bedeutet, dass die Schulen nicht vor 2026/27 so weit sind in den Ganztageseschulbereich einzusteigen.

Warum ist es so wichtig das vorzuziehen? In der Pandemie waren die Schulen durch die Schließungen die Leidtragenden. Es wäre notwendig, dass wir den Lückenschluss in der Ganztagesbetreuung so schnell wie möglich schaffen, um auch hier präventiv arbeiten zu können. Auch der Bereich der Schulsozialarbeit ist für mich immer noch ungelöst. Es ist gut in manchen Bereichen tolle Projekte zu haben. Die Schulen brauchen derzeit eine intensivere Unterstützung der Schulsozialarbeit und hier wäre eine Erhöhung der Personaleinheiten notwendig. Das ist im Budget ungenügend dargestellt.

Ein weiterer Bereich - Gesundes Essen - wurde in einem Nebensatz von StR. Rammerstorfer angesprochen. Ich verstehe nicht warum eine Zentralküche zum Bekochen der Schulen nicht im Budget enthalten ist, wenn wir wissen, dass die Bereiche des langen Transportweges, der Bekömmlichkeit und des Einkaufs nur lösbar sind, wenn die Stadt Wels sich entscheidet – zugegebenermaßen eine teure Angelegenheit – eine eigene Zentralküche zu errichten, um nicht nur die Kinder im Kindergartenbereich, sondern

auch im Schulbereich bekochen zu können. Auch hier wäre ein ambitionierteres Vorgehen ein wichtiger Punkt gewesen.

Im Kulturbereich freue ich mich über die gut dotierten 700.000 Euro für die 800 Jahr Feier im nächsten Jahr. In einer Stadt, in der viel gearbeitet wird, muss auch gefeiert werden. Die vorliegenden Programme haben eine gute Qualität und eine gute Einbindung der Wels Kultur. Ich möchte trotzdem auf den Bereich der Kulturförderung hinweisen, und zwar sind die frei verfügbaren Subventionen massiv gesunken.

Auch freut mich die Dotierung der Honorare für den Förderbeirat. Diesen konnten wir in der letzten Periode noch verabschieden. Es freut mich allerdings nicht, dass er nicht wirklich so besetzt ist, dass er die gesamte Kulturszene der Stadt Wels umfasst.

Als letzten Punkt möchte ich noch den Alten Schlachthof erwähnen. Dort gibt es eigentlich schon seit Jahren ein anstehendes Projekt, nämlich die notwendige Dachsanierung. Dafür sind im Budget 56.000 Euro vorgesehen. Gleichzeitig wurden für die Sanierung der ehemaligen Räumlichkeiten des D22 sind 416.000 Euro ohne Probleme budgetiert. Das ist ein Hinweis darauf, dem Herrn Bürgermeister ist der Alte Schlachthof relativ egal und er investiert dort, wo er für sich selber Schwerpunkte setzen möchte.

StR. Schäfer, BSc MSc: Mit meiner ersten Budgetrede als Referent ist es an der Zeit den Blickwinkel auf die Stadt Wels etwas zu ändern. Als Planungsreferent ist es mir wichtig nicht nur projektweise zu denken, sondern Wels ganzheitlich zu betrachten. Die Themen, die uns in der Stadtentwicklung begegnen, sind durchaus vielfältig. Dabei geht es um Wohnbau, Betriebsansiedelungen, Grünraumgestaltung und Umweltschutzmaßnahmen bis hin zur Verkehrs- und Wegeplanung. Somit werden viele Querschnittsthemen, die nicht nur mich alleine betreffen und die Zusammenarbeit mit den anderen Referenten erfordern, in den nächsten Jahren von Bedeutung sein.

Erlauben sie mir zu Beginn meiner Rede einen kurzen Ausblick auf die nächsten sechs (und nicht zwei) Jahre, denn in der Stadtentwicklung ist eine mittelfriste bzw. langfristige Planung durchaus nicht unüblich. Es erwartet uns die Überarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Mit diesem Planungsinstrument stellen wir als Politik auf Grundlage der Unterlagen aus der Fachabteilung unter Einbindung der Wels Bevölkerung die Weichen für die mittel- bis langfristige Entwicklung unserer Stadt. Wohin bzw. wo und wie soll sich unsere Stadt in den nächsten 15 Jahren entwickeln?

Fest steht, die Flächen in unserer Stadt sind begrenzt. Wir können nicht beliebig Grundstücke reproduzieren, auch die Stadtgrenzen sind gegeben. Aus diesem Grund müssen wir die vorhandenen Ressourcen möglichst qualitativ verwerten. Die Bebauungsdichte, die Grün- und Freiraumgestaltung aber auch immer mehr die Ästhetik der Bauten (Fassadengestaltung) werden uns beschäftigen. Hier werden insbesondere die Anforderungen an qualitativen Grünraum sowie an die Fassaden in den nächsten Jahren wesentlich steigen.

In den letzten sechs Jahren lag ein klarer Fokus auf der Innenstadt. Nicht zuletzt auch aufgrund des Versprechens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion im Wahlkampf 2015 die Sanierung des Stadtplatzes, des Kaiser-Josef-Platzes und der Fuzo anzugehen. Mit dem letzten Abschnitt des Kaiser-Josef-Platzes und dem Central Park wird dieses abgegebene Versprechen an die Welsler nun endgültig erfüllt.

Nun gilt aber die volle Aufmerksamkeit den äußeren Stadtteilen. Jeder dieser Stadtteile hat seine Eigenart, hat seine Geschichten und Besonderheiten. Auf diese Eigenarten und Besonderheiten müssen wir bei der Weiterentwicklung der Stadtteile besonders eingehen. Deshalb werden wir beginnend mit dem Jahr 2022 für jeden einzelnen Stadtteil ein maßgeschneidertes Stadtteilentwicklungskonzept in Angriff nehmen. Weil die Menschen vor Ort ihr „Grätzl“ am besten kennen, wird auch der Bürgerbeteiligungsprozess wesentlich sein. Wir werden die Bewohner aktiv in diesen Prozess einbinden zur Gestaltung ihres Stadtteiles.

Ganz generell wurde in den letzten Jahren sehr viel gebaut. Das war sehr richtig und wichtig, denn nur so konnten wir das Angebot an leistbaren Wohnraum sicherstellen. Der Markt gibt uns durchaus recht, denn Wels lag im österreichischen Mietenvergleich zuletzt auf dem 2. Platz mit durchschnittlich weniger als 10 Euro/m<sup>2</sup> Wohnraum. Als Politiker haben wir die Verantwortung für ausreichend zur Verfügung stehende günstige Wohnungen. Dieser Verantwortung werden wir auch in den nächsten Jahren mit voller Kraft nachkommen.

Jedoch ist eines klar: Mit mir als Wohnungsreferent wird es weiterhin ohne Deutsch keine Wohnung geben, denn die gemeinsame Sprache ist ein Schlüssel zu einem konfliktfreien Miteinander. Wenn sich die Leute untereinander sprachlich verstehen, können gewisse Missverständnisse nicht entstehen. Hier setzen wir im Rahmen der Wohnungsvergabe eine gewisse Bringschuld voraus. Weiters wollen wir das Zusammenleben in den Welser Wohnsiedlungen durch Etablierung von Siedlungsfesten verbessern bzw. werden wir die Einführung von „Viertelmanager“ prüfen. Diese sollen bei Konflikten vermittelnd auftreten.

Nicht weniger wichtig in meinem Bereich ist der Friedhof der Stadt. Diesem kommt mit einer Fläche von ca. 130.000 m<sup>2</sup> eine bedeutende Rolle als einer der größten Grünräume der Stadt zu. Hier werden wir jährlich 70.000 Euro investieren, um den Masterplan Friedhof kontinuierlich umzusetzen. Im Bereich der Öffentlichen Beleuchtung nehmen wir als Stadt unsere ökologische Verantwortung wahr und werden sukzessive alle Leuchtmittel auf stromsparende und umweltfreundliche LED-Leuchten umstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es stehen spannende, arbeitsreiche und intensive Jahre im Bereich Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung bevor.

StR. Ganzert: Mir geht es wie dem Kollegen StR. Ralph Schäfer, BSc MSc, denn ich halte heute meine erste Budgetrede als Referent. Darüber bin ich auch sehr froh, denn so muss ich mir die gedachten Dinge von den bisherigen Reden des Finanzreferenten (die ich dann oft als Fraktionsvorsitzender wiedergegeben habe) nicht mehr wiedergeben. Die neue Fraktionsvorsitzende GR. Silvia Huber, MPA fand heute im Namen unserer Fraktion die richtigen Worte.

Ich widme mich der Mobilität. Mobilität als Grundbedürfnis unserer Gesellschaft und als Grundlage unseres Wohlstandes. Beginnen möchte ich wie immer mit dem Dank an alle Beteiligten, weil er dazugehört, es nicht oft genug gesagt werden kann und es nicht selbstverständlich ist. So möchte ich mich als Referent bei Mag. Barth und bei Herrn Georg Lanz, dem Leiter der Stadtbuchhaltung, bedanken. Aufgrund der Umstellung auf die VRV musste mit zeitlichem Druck gearbeitet werden. Es ist sehr selten, dass so schnell nach einer Wahl ein Budget beschlossen wird. Letztes Mal wurde auch zugewartet und erst im ersten Quartal beschlossen.

Der Bürgermeister nannte das ungewöhnlich. Ich werde es genauso im Raum stehen lassen. Bei Durchsicht der Budgetbroschüre betreffend Anmeldung und tatsächlicher Bedeckung sind dies 7,610.000 Euro. Das Amtsblatt spricht bei der Verkehrsinfrastruktur von 7,79 Mio. Euro, der Finanzdirektor und der Bürgermeister sprechen heute von 6,4 Mio. Euro. Man hat hier nicht die Angst, dass wirklich von Phase zu Phase das damals vom Kollegen StR. Mag. Schininger eingeforderte Geld wieder geringer wird, sondern es hängt an der Leseart oder der Zählweise warum man zu sehr unterschiedlichen Zahlen kommt.

Das Ressort der Mobilität ist sehr groß und ich bin froh es nicht mehr rein als Verkehrsressort zu bezeichnen. Es soll erkannt werden gerade beim Verkehr wird sehr oft nur an den Auto- und den Straßenverkehr gedacht. Man soll gerade den ruhenden Verkehr, den Fußgängerverkehr und andere Formen der Mobilität größer sehen.

Beginnen möchte ich beim Straßenbau. Dieser ist eigentlich zur Gänze bereits im Gemeinderat beschlossen, weil es uns gelungen ist frühzeitiger mit dem Straßenbau- und Erhaltungsprogramm zu beginnen. Wir einigten uns – vorbehaltlich der budgetären Möglichkeiten – in welchem Bereich wir etwas machen wollen. Es sind dies das Straßenbauprogramm, übliche Frostschäden-Sanierungen, Asphaltierungsarbeiten, Feinbeläge, Markierungen usw.

Spricht der Bürgermeister davon, dass das kein linkes und kein rechtes Budget ist, dann ist das auch keine linke oder rechte Verkehrsmobilität. Es ist oft eine Frage von Priorisierungen. Wir könnten hergehen und sagen sofort alle Markierungen am heutigen Tag in diesem Budget zu lösen. Jeder Referent wird kommen und sagen, dass das eine und das andere Vorhaben am Wichtigsten ist. Ich weiß, es ist immer ein Mittelweg. Aber es sind Dinge, die den Benützern der Straßen im öffentlichen Raum oft ein großes Anliegen sind - sie dienen vor allem der Verkehrssicherheit.

Es gefällt mir, wenn der Kollege StR. Schäfer, BSc MSc über das ÖEK spricht und darüber, dass in naher Zukunft wieder mit der Planung für das nächste begonnen werden muss. Im ÖEK spielt natürlich auch die Mobilität und der Verkehr eine Rolle. Stolz bin ich, dass es gelungen ist in den kommenden beiden Budgetjahren für jedes Jahr 125.000 Euro für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes zu lukrieren. Genauso wie beim ÖEK braucht es in der Mobilitätspolitik ein Fahren auf Sicht. Hier müssen wir einfach aktuellere Zahlen haben und können uns nicht auf Verkehrskonzepte aus den 90-er-Jahren verlassen. Sondern wir müssen genau wissen wie wir ein in Entstehung befindliches Verkehrskonzept gemeinsam mit dem Welser Umland über das Stadtregionale Forum mit der Mobilität bei uns in der Stadt Wels verknüpfen.

Ich hoffe, wir können uns im kommenden Jahr schnell einigen über die Eckpunkte. Mobilitätspolitik kann nicht auf ein oder zwei Jahre oder eine Periode gedacht werden, sondern muss in Dekaden gedacht werden, weil die Umsetzung einfach sehr lange dauert. Mit dem Mobilitätskonzept soll rasch begonnen werden, um entsprechende Lösungen auf dem Tisch zu haben. Über diese müssen wir dann im jeweiligen Ausschuss, im Stadtsenat oder im Gemeinderat diskutieren.

Ein Herzensprojekt nicht nur vom Kollegen Weidinger, sondern auch von uns ist der Brückenbau in der Pernau. Wir kennen den Standort, viele waren bereits dort – viele bei der Eröffnung des neuen Traunplatzes in der Pernau. Für die Brücke zwischen Wels und

Schleißheim in Verbindung zweier bereits bestehender Landesradwege wurden über 2 Mio. Euro budgetiert. 1,7 Mio. Euro für den Bau und 320.000 Euro für die Anbindung an das bestehende Traunradwegenetz.

Aus meiner Sicht ist das die Aufgabe des Stadtregionalen Forums und allen dort Mitarbeitenden. Es sind das zum größten Teil die Umlandgemeinden von Wels. Diese müssen sehen wie eine Finanzierung zu Stande gebracht werden kann. Es muss zuerst beurteilt werden welche Projektvariante ausgewählt wird bzw. was können die Umlandgemeinden, das Land, der Bund oder die EU machen. Ich baue hier sehr stark auf den Bürgermeister und Finanzreferenten, dem die Sache sehr wichtig ist und ein gutes Gespür dafür hat. Er wird versuchen von allen Stellen etwas zu bekommen und es so voranzutreiben, um möglichst im nächsten Jahr mit der Planung und im darauffolgenden Jahr mit der Umsetzung beginnen zu können.

Sehr wichtig sind mir die Geh- und Radwege. Besonders freuen wird dem Finanzreferenten das Klimaaktiv-Förderprogramm der Bundesregierung. Dadurch haben wir sehr viele Projekte in das Budget aufnehmen und umsetzen können, weil sie entsprechend gefördert werden. Es wäre sehr unklug diese Förderungen liegen zu lassen. Generell ist das Thema Radverkehr nicht nur klimapolitisch ein sehr positives Thema. Es gibt berechtigte Kritik von Bürgern dahingehend, dass der Radweg im Nichts aufhört. Das ist aber keine Böswilligkeit, sondern es müssen sich dort die Verhältnisse angesehen werden. Ich hoffe in diesem Bereich gelingt es uns weiterzukommen.

Es freut mich, dass unter meinen beiden Vorgänger in der letzten Periode die Radmodellregion Wels-Umland als Pilot gegründet werden konnte. Es geht dabei darum, wie der Bezirk Wels-Land und die Stadt Wels radwegetechnisch besser vernetzt werden können. Dazu gibt es einige Projekte, über die wir derzeit sprechen. Im Budget angemeldet von der Abteilung wurden eine Radzählanlage, ein Fahrradbarometer für den Radverkehr. Genauso wie wir Verkehrszählungen haben, damit wir faktenbasierende Entscheidungen treffen können, so geht der Vorschlag dahin das auch anzukaufen. Allerdings gibt es dafür noch keine Bedeckung. Ich denke, hier kann man den Finanzreferenten durchaus begeistern, weil aus Fakten die Sinnhaftigkeit einer Maßnahme abgeleitet und damit begründet werden kann, noch mehr Geld für den Ausbau von Fahrradwegen in die Hand nehmen zu müssen.

Auch das Anbringen von Markierung, Verkehrszeichen, Dinge, die kurz schnell helfen würden, sind mit Null im Budget dotiert. Es sind Kleinigkeiten, die vielen bei ihrer Freizeitfahrt oder der Fahrt in die Arbeit sehr wichtig und von großer Bedeutung sind.

Die Zukunft unserer Stadt hängt natürlich auch von unseren Kleinsten und Jüngsten ab. Diese gehen in der Regel in die Schule. Dafür braucht es eine Schulwegsicherung. Ich darf mich an dieser Stelle bedanken bei der Schulwegpolizei für ihre wertvolle Aufgabe, die deren Mitglieder leisten – namentlich bei Herrn Ernst Plamberger. Schön finde ich, dass es gemeinsam mit der AUVA gelingt ein Projekt umzusetzen, um immer mehr Schulen entsprechend evaluieren zu können und es hier eine eigene Unterlage für den sicheren Schulweg gibt. Damit können wir den Eltern der Kinder rechtzeitig vor Schulbeginn die Gefahrenzonen, Probleme etc. aufzeigen.

Die Sicherheitsmaßnahmen im unmittelbaren Umfeld sind vielen schon aufgefallen, wie die neu markierten Fußgängerüberquerungen etc. Ich höre Vzbgm. Mag. Schininger, der

sagt, wenn die Eltern könnten würden sie mit dem Auto bis in die Klasse fahren, um das Kind abzuliefern. Hier sollte es unsere Aufgabe sein solche Gefahrensituationen gerade im Bereich von vielen Kindern und Schulen zu reduzieren, um den Schulweg sicherer zu machen.

Sicherheit und Verkehr ist generell ein Thema, welches an oberster Stelle sein sollte. Erst im November gab es eine Aussendung mit der erfreulichen Nachricht, dass es bis dato keine Verkehrstoten in der Stadt Wels gab. Ich hoffe, es wird sich in den letzten Wochen dieses Jahres nicht mehr ändern.

Im Wahlkampf hörten wir viel von einem Raser-Problem. Es braucht hier Mittel und Wege zur Entschärfung. Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde. Das ist die Polizei, das ist der Kollege Weidinger. Wir sind jetzt seit kurzem wieder in unseren neuen Funktionen nach der Wahl und ich hoffe wir finden bald wieder Zeit für regelmäßige Jour fixe. Es wird Budgetmittel geben für neue Radargeräte, um auch hier für mehr Sicherheit sorgen zu können. Es wird den Austausch und die Erneuerung von Rotlichtkameras geben, weil es Standorte mit veralteter Technik gibt und dadurch besser gearbeitet werden kann.

Für die Zukunft wünsche ich mir Geschwindigkeitsanzeigetafeln und ich werde diese bei den nächsten Budgetanträgen hineingeben. Sie kosten ca. 15.000 Euro pro Stück. Ich blicke neidvoll nach Marchtrenk oder wenn man ins Innviertel fährt, so steht gefühlt alle 100 Meter eine solche Tafel. Mit den richtigen Argumenten wird man auch abseits von diesen Budgetbeschlüssen, z. B. mit Kreditoperationen, Lösungen finden können.

Den Subventionsbereich sucht man im Mobilitätsbereich fast vergeblich. Es gibt Pflichtsubventionen in Höhe von 165.000 Euro für die Welser Linien für das Umweltticket der Stadt Wels. Hier subventionieren wir für Welser mit Hauptwohnsitz die Jahreskarte. Wir hörten es wird das 1-2-3 Klimaticket kommen. Das hätte einen Euro pro Bundesland bedeutet. Zumindest war das der Vorschlag der SPÖ als sie die Idee 2019 vorstellte. Dieser Zonenaufschlag ist schade, weil es den öffentlichen Personennahverkehr für Leute nicht so attraktiv macht wie er sein sollte.

Bei den Ermessenssubventionen gibt es durchaus schon Vorschläge. Z. B. mit Zuschüssen für den Ankauf von Lastenrädern oder den Mobilitätspreis der Stadt Wels für Bildungseinrichtungen. Ich kenne keinen Referenten, der sich weigern würde, wenn man ihm Ermessenssubventionen anbieten würde. Der öffentliche Personennahverkehr muss stark ausgebaut werden in unserer Stadt. Ich freue mich über die Qualitätssteigerung in den letzten Jahren bei der Wels Linie, z.B. wie bei den Zahlungsmodalitäten, Anzeigen etc. Die Möglichkeit zur Einführung des Abendbusses sind in Zeiten des Lockdowns sehr schwierig.

Wir hatten in der vergangenen Periode eine Bürgerbefragung, ob die Tangentiallinie für den öffentlichen Nahverkehr verwirklicht werden soll. Dafür gab es ein klares JA. Bis dato ist es noch nicht gelungen diesen Beschluss umzusetzen. Es wurde der Kaiser-Josef-Platz angesprochen und hier wird sich zeigen, wie sich das bestehende Projekt entwickelt. Es gibt einige Kritikpunkte, es gibt immer wieder Dinge, die man verbessern kann. Im Vorfeld hatten wir die Taubenplage nicht so eingeschätzt, jetzt wird mit einem entsprechendem Taubenschutz nachgerüstet. Es werden dort einige Dinge noch auf uns zukommen, um die Aufenthaltsqualität weiter zu steigern.

Wichtig ist die Trasse der Westbahn. Die ÖBB bauen momentan aus, sie soll vierspurig werden, weil das Nadelöhr zwischen Linz und Wels teilweise nur zweispurig ist. Das ist die Chance für eine S-Bahn in Wels. D. h. z.B. in der Pernau auf der Höhe vom Welas ist es planerisch sehr schwierig, genauso in der Gartenstadt Höhe Eurospar. Das ist die Chance zusätzliche S-Bahn-Stationen – vielleicht auch gedacht auf der Passauer-Bahn oder der Grünauer-Trasse, und ein S-Bahn-Netz zu bekommen, damit wir mehr Menschen auf die Schiene bringen. Auch wir haben im Wahlkampf Vorschläge gemacht Alternativen im Verkehr zu prüfen. Aus meiner Sicht wurde das fälschlicherweise belächelt, dass man hier versucht eine zweite Trasse zu legen und über eine Straßenbahn zu diskutieren.

Wir sprechen von Dekaden, denn es geht darum, wie sich die Stadt weiterentwickeln wird. Wir müssen uns bewusst sein wo wir Wohnbau und wo industrielle Verbauung haben werden. Was können unsere Verkehrsträger leisten? Wie sollen die Menschen unterwegs sein und wie können wir Menschen sinnvoll ökologisch und zeitökonomisch von A nach B bringen? Dazu braucht es noch eine Erweiterung, neue Strategien und einen gewissen Mut. Ich sage nicht, dass das alles sofort umgesetzt wird, aber es sollte zumindest geprüft werden. Es soll dann mit gutem Gewissen gesagt werden es angesehen zu haben und nach bestem Wissen und Gewissen Mobilitätspolitik in dieser Stadt zu machen.

Wir möchten als Stadt Wels auf der Landkarte eine Bedeutung haben. Ich sage das mit Stolz und bewusst hinsichtlich der Österreichischen Bundesbahnen. Es war früher ganz normal in Wels einzusteigen und in Basel auszusteigen. Hochgeschwindigkeitszüge blieben damals in Wels stehen. Es war normal für Pendler zwischen Wels und Passau. Das wird nach und nach ausgedünnt. Wels verschwindet immer mehr von dieser Hochgeschwindigkeitslandkarte. Es muss oft in die falsche Richtung gefahren werden, um dann wieder in Wels vorbeizufahren. Die ÖBB suchen hier nach Begründungen, aber wir müssen immer wieder mit der Hand darauf zeigen, weil die gesamte Region Wels – wir sprechen hier auch von den Umlandbezirken – einen Anspruch auf eine schnelle und adäquate Verbindung hat.

Der Winterdienst ist immer in voller Bereitschaft. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern der Stadt Wels bedanken, die hier in Bereitschaft stehen und sich darum kümmern Tag und Nacht für sichere Verhältnisse auf unseren Straßen zu sorgen. Hier sind wir als Stadt Wels sehr gut gerüstet. In der Mittelfristigen Finanzplanung sind für 2024/25 Mittel für die Erneuerung und Adaptierung des Fuhrparks vorgesehen.

Entscheidend ist für mich in Fragen der Mobilität bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie das bereits erwähnte Radmodell Wels-Umland, den Mobilitätstag im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche, Meet & Bike oder auch eine neue Fahrradkarte. Für diese Dinge gibt es Zahlen mit Klammern im Budget, das ist ein bisschen schade. Pro Voranschlagsjahr stehen 11.000 Euro zur Verfügung. Ich glaube aber nach wie vor, dass wir es schaffen können Dinge nicht nur in Zahlen zu messen, sondern bewusst nach Partnerschaften zu suchen, zu schauen in welche Förderprojekte wir hineinfallen könnten, Dinge größer denken und vielleicht auch für die Stadt Wels einen Vorteil daraus ziehen.

Meine Hand möchte ich reichen an meine Kollegen StR. Thomas Rammerstorfer als Klimareferent und StR. Ralph Schäfer, BSc MSc als Baureferent. Unsere Bereiche haben sehr große Überschneidungen, das sieht man alleine an unseren Dienststellen, wie z.B. die Dst. Stadtentwicklung, die nun drei Referenten hat. Mit ist es wichtig Dinge gemeinsam



zu machen, vielleicht einmal einen gemeinsamen Ausschuss abhalten, gemeinsam Überlegungen anstellen und uns austauschen, damit es ein klares Bild gibt. Die Stadtentwicklung, die Klima- und Umweltsituation und die Mobilität wird unsere Stadt über lange Zeit prägen. Ich hoffe auf bestes Einvernehmen und auf gute Lösungen.

Es gibt im Mobilitätsbereich eine hohe Anzahl von Bürgerinitiativen, die immer wieder an die Stadt herantreten. Ein großes bedeutendes Thema ist der Lärmschutz. Im Budget wurden 400.000 Euro angemeldet, allerdings nur 120.000 Euro bedeckt. Lärm erleben viele Menschen tagtäglich und für viele ist das ein Problem. Viele Menschen haben mich schon aufgesucht, um über ihre Probleme zu berichten, gerade wenn es um das höherrangige Straßennetz geht, wie die Autobahn im Norden unserer Stadt. Laut meiner Kollegin, NRAbg. Petra Wimmer, gibt es hier seitens der ASFINAG Möglichkeiten entsprechend etwas zu tun. Ich hoffe es ist uns allen ein großes Anliegen die Lärmschutzprobleme für die Anrainer dieser Straßennetze minimieren zu können.

Wir werden sehen wofür wir den Mut haben und wozu diese neuen politischen Mehrheiten bereit sind. Danke an die gesamte Baudirektion, an die Dst. Stadtentwicklung und an die Dst. Bau-, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten. Die Mobilität und der Verkehr werden immer als belächeltes Ressort angesehen. Auch ich möchte mit einem Zitat von John F. Kennedy schließen: „We do this not because it is easy, but because it is hard“. Was wir machen ist natürlich keine Raketenwissenschaft, aber eine Sache, die sehr viele Interessen mit sich vereinen soll. Das stellt eine eigene Herausforderung dar.

Vzgbm. Mag. Schinninger: Es sind jetzt noch vier Tage bis Weihnachten, aber viele von uns dürften noch nicht in Weihnachtsstimmung sein. Wie könnte ich es sonst interpretieren, dass gerade von der FPÖ-Fraktion es noch nicht so sehr nach Weihrauch und Myrre riecht für das Budget, wie es vor zwei oder vier Jahren gerochen hat. Ich bin mir sicher, es kommt noch von euch.

Lieber Herr Bürgermeister, ich habe sehr genau bei deiner Budgetrede aufgepasst und nach Fertigstellung des Protokolls werde ich es mir ausdrucken, einrahmen und dich immer wieder damit konfrontieren. Vor allem bei Dingen, die du im Personalbereich versprochen hast.

Ich bin bei dir, dass der wahre Dank dafür, für das Budget bzw. wie diese Stadt dasteht, den Welsern gebührt für ihren Einsatz für unsere Stadt. Nur ihnen ist es tatsächlich zu verdanken, dass die Stadt Wels sich in die richtige Richtung entwickelt. Wir als Politik können nur versuchen – und wir versuchen es aus meiner Sicht sehr gut – die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Sie werden von mir heute hier keinerlei Zahlen hören. Mir geht es vielmehr um Grundsätzliches. Als neuer Referent für Bildung und Gesundheit darf ich mich bei all meinen Mitarbeitern, die nicht nur in Zeiten einer Corona-Pandemie Unvorstellbares leisten, bedanken. Sei es in der Verwaltung, im Gesundheitsbereich, in den Kindergärten, Krabbelstuben, Horten oder den Schulen. Wirklich allen sei von dieser Stelle hier gedankt. Es ist unglaublich welche Leistungen zum Wohle der Menschen, Kinder und Eltern erbracht werden. Sehr oft geraten die Kollegen an ihr ganz persönliches Limit. Manchmal geht es sogar darüber.

Uns allen sollte bewusst sein, sie sind gemeinsam mit vielen anderen die Träger, das Fundament unserer Gesellschaft. Gerade in Zeiten wie diesen kann dies gar nicht oft genug hervorgehoben werden. Genau hier möchte ich bei meiner Arbeit ansetzen. Ich werde den Fokus auf die Qualität unserer Arbeit und Arbeitsbedingungen richten. Es ist zwar mehr als erfreulich, dass es in den letzten Jahrzehnten gelungen ist das Betreuungsangebot an Plätzen für Kindergärten, Krabbelstuben und Horten auszuweiten.

Das wird auch weiterhin so sein. So wurde heuer der Kindergarten Negrellistraße neu erbaut und feierlich eröffnet. Der sehr alte Kindergarten in der Lessingstraße wird durch einen derzeit in Bau befindlichen neuen ersetzt. Auch für Lichtenegg gibt es ein interessantes Projekt. Weiters planen die privaten Betreiber die eine oder andere neue Einrichtung. Auch im Norden der Stadt müssen wir Vorkehrungen für einen neuen Kindergarten und eine neue Schule treffen. Ist der Norden neben der Pernau doch eines der wenigen Entwicklungspotenziale, die die Stadt hat. Das alles ist durchaus erfreulich. Aber all das sind Investitionen in die Hardware.

Mindestens so wichtig wären auch Investitionen in die Software - die Menschen, die Pädagogen. Diese sind nicht zuletzt aufgrund der Pandemie am Ende ihrer Kräfte. Sie übernehmen leider immer mehr Aufgaben, die von den Eltern und Familien – die wir nicht aus der Verantwortung entlassen dürfen – geleistet werden sollten. Das führt in vielen Bereichen leider zu Überforderungen und Ausfällen, die nicht sein müssen, würde die Stadt nicht aufgrund eines selbstverordneten Sparzwanges am untersten Rand des Betreuungsschlüssels herumkriechen.

Ich werde alles dafür tun bis zum Ende der Periode einen Sinneswandel beim Finanzreferenten herbeizuführen. Sagt er doch immer, dass ihm die Kinder und Familien am wichtigsten sind. Sie sind unsere Zukunft. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass als Entlastung der Mitarbeiter wir zumindest einen Springerinnenpool einsetzen können. Auch soll das System der Partnereinrichtungen wieder eingeführt werden.

Es ist mir ein Anliegen zur Unterstützung vieler Eltern und Pädagogen auch eine Art Schulsozialarbeit für die Kindergärten zu implementieren. Projekte gibt es dafür bereits, leider wurden sie – von wem auch immer – schubladiert. Immer mehr Eltern nehmen die Nachmittagsbetreuung in Anspruch. Auch hier sollte uns niemand hindern ein vernünftiges Tarifsystem anzudenken. Wir werden sehen, was in den nächsten Jahren noch alles möglich sein wird.

Genau wie beim Thema Sprachförderung, welches wir mit den Experten in den nächsten Jahren evaluieren werden müssen. Wertvolle und wichtige Partner für uns als Stadt sind die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Auch hier müssen wir sorgsam das eine oder andere Projekt beurteilen und sicherstellen, dass die privaten Einrichtungen mit unserer finanziellen Unterstützung ihrer Arbeit und ihren Auftrag tatsächlich nachgehen können. Vielleicht müssen wir auch hier nachschärfen.

Leider ist es nicht gelungen im Bereich der Schulen die Schule Wels-West und die Zentralküche auf den Weg zu bringen. So sehr ich auch suche, ich finde keinen Budgetansatz. Im Bereich der Schulsanierungen stelle ich auch keine großen Sprünge nach vorne fest. Hier wurde nur ein Viertel der tatsächlich benötigten Gelder tatsächlich budgetiert.

Bei der Bildung der Ganztagesesschulen ist es zwar erfreulich, dass mittlerweile vier Volksschulen, sechs öffentliche Mittelschulen und das Integrative Schulzentrum in der Vogelweide als GTS geführt werden. Aber erst 2024/25 soll wieder Geld zur Verfügung stehen, um den weiteren Bedarf zu prüfen. D.h. wir können erst 2025/26 in die Weiterentwicklung gehen. Drei Jahre Stillstand! Stillstand bedeutet Rückschritt, Herr Bürgermeister!

Dafür ist es geglückt im Gesundheitsbereich das eine oder andere herauszuholen. So wurde das Budget für Veranstaltungen, Prävention, Projektförderung, Zusammenarbeit mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Vereinen um 50 % erhöht. 50 % klingt absolut unglaublich, aber auf sehr niedrigem, überschaubarem Niveau. Es stimmt mich tatsächlich zuversichtlich, wird mein Team mit wenig Geld wieder Tolles für die Welser leisten. Wie dies das gesamte Team des Gesundheitsdienstes seit vielen Jahren macht. Sich auch um Dinge kümmert, die nicht immer schön sind. So z.B. um die Substitution bei vielen Suchtkranken, die es ja angeblich seit dem Jahr 2015 – seit dem Amtsantritt des neuen Bürgermeisters – nicht mehr gibt. Auch wenn man die Augen vor unangenehmen Dingen verschließt, sind sie dadurch nicht weg. Mein Appell an alle: Setzen wir uns bitte auch mit diesen unangenehmen Lebensbereichen auseinander.

Als Gesundheitsreferent erlaube ich mir zum Schluss auch einen Weihnachtswunsch auszusprechen. Dieser gilt nicht nur hier für die Kollegen, sondern auch für die Bevölkerung: Lassen sie sich bitte impfen! Es ist aus meiner ganz bescheidenen Sicht das einzig probate Mittel den aktuellen Teufelskreis zu durchbrechen. Ein paar Beispiele verdeutlichen das auf eindrucksvolle Weise. Einem Geimpften über 60 Jahre stehen sieben Ungeimpfte auf der Intensivstation gegenüber. Bei den Unter-60-jährigen ist das Verhältnis mit 1:18 noch dramatischer. Ein einziger Intensivpatient kostet im Schnitt 92.000 Euro. Eine Impfung knapp unter 20 Euro. Auch mittlerweile 13.500 Tote sollten ein gutes Argument für eine Impfung sein.

Zum Schluss meiner Ausführungen noch eine Bitte, die sie absolut nicht falsch verstehen dürfen. Lassen sie uns bitte öfter Mensch denn Politiker sein. Ganz, ganz frei nach dem österreichischen Lyriker Erich Fried darf ich sagen: „Es ist, was es ist“. Ein Budget, nicht mehr und nicht weniger. Ich bitte zu verstehen – vielen Dank!

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Vzbgm. Kroiß: Vor uns liegt ein gewaltiges Budget mit einer klaren Strategie. Investitionen zur Steigerung der Lebensqualität und schuldenfrei sein bis 2026. Wie dieser Weg bestritten werden soll, hat uns Finanzreferent und Bürgermeister Dr. Andreas Rabl bereits eindrucksvoll präsentiert.

Wir werden viele Projekte realisieren und Maßnahmen setzen, die nachhaltig Bestand haben und dringend notwendig sind. Finanziell ganz oben auf der Projektliste steht die Sanierung des Welldorados, weil die Technik am Ende angelangt ist. Ohne diese Sanierung kann der Betrieb des Welldorados nicht mehr garantiert werden. Das Welldorado ist eines unserer beliebtesten Freizeiteinrichtungen. Viele Kinder haben dort das Schwimmen gelernt, viele Besucher nutzen die großzügigen Schwimmbecken und vor allem die gepflegten Liegeflächen zur Erholung. Wir investieren 4 Mio. Euro – wirklich viel Geld. Das ist aber dringend notwendig, um das Welldorado weiterhin als beliebteste

Freizeiteinrichtung präsentieren zu können und um auch den vielen Sportvereinen weiterhin hervorragende Bedingungen für das Schwimmtraining bieten zu können.

Wir können stolz sein auf unsere Sportvereine in unserer Stadt, weil sie eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Wir haben sehr viele sportliche Aushängeschilder, die im Namen eines Welser Vereins weltweit sportliche Höchstleistungen erbringen. Hervorheben möchte ich stellvertretend Bettina Plank für Karate-do Wels und Shamil Bochasvili für Judo Multikraft Wels, weil beide erstmals eine olympische Bronzemedaille erkämpft haben. Eine großartige Leistung, das kann man nicht oft genug erwähnen. Nicht nur bei diesen beiden Vereinen wird Jugendarbeit großgeschrieben, sondern viele Vereine leisten eine großartige Jugendarbeit und sind Garant dafür, dass Kinder überhaupt noch Sport betreiben. In diesem Zusammenhang darf man den Bereich der Integration nicht vergessen. Ich wiederhole es immer wieder: In den Sportvereinen wird die beste aller Integrationsarbeiten geleistet, weil neben dem sportlichen Training auch Kameradschaft, Zusammenhalt, Ehrgeiz, soziales Verhalten und fixe Regeln vermittelt werden. Ganz wichtig ist die Erlernung der deutschen Sprache.

Diese Leistungen können nur durch höchst motivierte Trainer und Funktionäre erbracht werden. Natürlich benötigen unsere Vereine auch bestausgestattete Sportstätten. Corona zeigte und zeigt es uns immer noch wie wichtig es ist, dass wir uns sportlich betätigen. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, damit die Vereine die notwendige Unterstützung erhalten und weiterhin ein aktives sportliches Leben miteinander anbieten können. Neben diesen Sportstätten sind wir in Wels in der glücklichen Lage eine Vielzahl von gut besuchten Parkanlagen und Spielplätzen in allen Stadtteilen anbieten zu können.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei den Mitarbeitern der Stadtgärtnerei für ihre hervorragende Arbeit zu bedanken. Bei einer ersten Rundreise mit dem obersten Stadtgärtner konnte ich mich Vorort selbst überzeugen. Unsere Parks und Grünanlagen sind Erlebens- und Begegnungsstätten. Sie ermöglichen Sport an der frischen Luft, bringen den Kindern die Natur näher und wecken die Lust auf Bewegung. Sie bieten natürlich auch Raum für Regeneration und Entspannung. Auch hier werde ich mich einsetzen diese bereits von meiner Vorgängerin begonnene Grünraumoffensive weiter fortzusetzen. Weitere Parkanlagen sind schon in Planung.

Zu den Parkanlagen gehören auch die Hundefreilaufzonen. Bei dieser ersten Rundreise wurde die mögliche Hundefreilaufzone in der Pernau besichtigt. Ich habe bereits den Auftrag erteilt, diese Hundefreilaufzone 2022 nächst der Kreuzung Negrellistraße /Zeppelinstraße (beim neuen Kindergarten) umzusetzen, um endlich auch im Osten der Stadt eine Hundefreilaufzone anbieten zu können. Die Parkanlagen bzw. Spielplätze werden von sehr vielen Kindern und Jugendlichen besucht. Enorm wichtig ist es unsere Jugendtreffs wieder aufsperrn zu dürfen. Wir müssen unsere Jugendlichen wieder persönlich erreichen! Social media, Facebook, Tiktok, Twitter schön und gut, aber wir müssen sie sprichwörtlich abholen und zu uns bringen, denn die Corona-Pandemie stellt gerade unsere Jugendlichen vor ganz besondere Herausforderungen. Sie müssen auf vieles verzichten, wie Kontakt zu Freunden, gemeinsame Aktivitäten oder überhaupt in die Schule gehen zu dürfen.

Hier ist der persönliche Kontakt unserer Jugendbetreuer mit ihren Schützlingen ganz wichtig, um sich ihre Sorgen und Ängste anzuhören. Am wichtigsten aber ist gemeinsam etwas zu unternehmen. Wir werden unsere Jugendlichen aktiv abholen, wir werden weiter

ein Vertrauensverhältnis aufbauen und sie beim Erwachsenwerden unterstützen. Dazu gehört auch das Thema der Sicherheit, denn in einer sicheren Stadt fühlen sich die Jugendlichen und natürlich auch die Erwachsenen wohl.

Wir führten vor sechs Jahren ein eigenes Sicherheitsressort ein. Es zeigt sich immer noch, dass es eine richtige und wichtige Entscheidung war. Wir haben sehr viel unternommen, dass dieses berühmte Sicherheitsgefühl gesteigert wurde. Wir bekamen eine Polizeischule in Wels, eine Polizeistation wurde auf den Kaiser-Josef-Platz verlegt, Videokameras installiert, auf die stärkere Überwachung der Raser-Szene gedrängt und u.v.m. Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden, aber das würde heute den Rahmen der Budgetsitzung sprengen. Ein wesentlicher Beitrag für mehr Sicherheit in unserer Stadt ist auch die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Blaulichtorganisationen und Behörden, wo wir gemeinsam bei auftretenden Problemen rasch reagieren. Gerade im Krisenstab zeigt sich schon seit ganz geraumer Zeit diese hervorragende Zusammenarbeit.

Im Vergleich mit der Gesamtzahl der Straftaten in Wels im Jahr 2020 mit dem ersten Halbjahr 2021 gingen die Verbrechen auf die Hälfte zurück. Bei der Sicherheit darf man auf keinen Fall vergessen, dass unsere Freiwillige Feuerwehr die größte und effektivste Feuerwehr Österreichs ist. Hier stellen wir natürlich die notwendigen Budgetmittel zur Verfügung, um die Fahrzeuge auszutauschen, Sanierungsarbeiten durchzuführen und um die neue Feuerwache Pernau im ZBG fertigzustellen. Diese befindet sich schon im Endausbau und ich freue mich ganz besonders auf die feierliche Eröffnung im Jahr 2022.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist das gemeinsame friedvolle Miteinander in Wels. In Wels wohnen Menschen aus 128 Ländern, die über 50 verschiedene Sprache sprechen, ihre Kultur, ihre Werte und ihre Geschichte einbringen. Sowohl das Land Oberösterreich als auch die Stadt Wels sehen die Integration als fordernd und fördernd. Für das Zusammenleben aller Bewohner ist es notwendig die gemeinsame Sprache Deutsch zu erlernen, grundlegende Werte, Tradition und die Landeskultur zu respektieren und sich zur Demokratie, Gleichbehandlung und zur Österreichischen Verfassung zu bekennen.

Die Stadt Wels wird auch weiterhin das Lernen der deutschen Sprache – beginnend vom Kindergarten bis zu den Erwachsenen – fördern. Wir bieten laufend Workshops zur Bildung und Erziehung, wir unterstützen das Zusammenleben bei Einzugsbegleitung und bei Viertelmanager. Wir führen verschiedene festliche Aktivitäten, wie z.B. das Fest der Kulturen, vor der Stadthalle durch. Unser Ziel ist, dass Welser unterschiedlicher Herkunft in unserem gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt ankommen. In diesem Zusammenhang ein Dank an die vielen Migrantenvereine, die hier einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten.

Abschließend bedanke ich bei allen Mitgliedern des Gemeinderates für die absolute Zustimmung zu diesem vorliegenden Doppelbudget. Es zeigt, die konstruktive Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinaus zum Wohle der Welser Bevölkerung möglich ist. Wir wollen gemeinsam Wels österreichweit zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität machen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. Kittenbaumer: Als Perner muss ich natürlich meine Wortmeldung mit dem Altstoffsammelzentrum Perner beginnen. Es ist mir sehr suspekt, dass der Bau dieses Altstoffsammelzentrums nun auf das Jahr 2024 verschoben wird. Derzeit ist ein Provisorium vorhanden, aber es kann doch wirklich nicht sein, dass die Perner Bürger so lange hingehalten werden, damit endlich wieder ein Vollbetrieb des Allstoffsammelzentrums in der Perner gewährleistet wird. Gerade in Hinblick auf Bürgerservice, welches in unserer Stadt großgeschrieben wird, ist die SPÖ-Fraktion doch sehr verwundert über diese Entscheidung.

Beim Central Park bin ich mir sehr sicher, dass dieses Projekt ein großer Gewinn für unsere Stadt werden wird. Ein Gewinn für das Stadterscheinungsbild, ein großer Gewinn auch für unsere Bürger, die natürlich eine große Fläche an Naherholungsgebiet erhalten werden. Und natürlich ein großer Gewinn für unsere Natur, denn wir werden hier eine große Fläche an Betonwüste unserer Natur zurückgeben.

Es darf jedoch nicht darauf vergessen werden, solch große Projekte gehören auch mit Leben und Aktivitäten befüllt. Die Stadt ist nur so schön, wie sie von den Bürgern angenommen wird. Daher ist es wirklich wichtig bei der Planung die verschiedensten Angebote und Aktivitäten für den Park nicht zu vergessen. Es muss auch eine soziale Infrastruktur geschaffen werden und die Möglichkeit für sportliche Aktivitäten. Aber es muss ebenfalls Möglichkeiten für unsere vielen Vereine geben, um den Central Park ordentlich nutzen zu können.

Persönlich ist mir wichtig – dabei spreche ich den Sicherheitsreferenten an -, dass alle Parkanlagen eine Parkbetreuung benötigen. Dabei soll auf die Einhaltung der Sicherheit und auf das Müllaufkommen geachtet werden. Der Central Park muss daher als Gesamtprojekt gesehen werden und ich hoffe, es wird auch in der Planung so berücksichtigt werden. Das macht den Central Park dann zu einem großen gemeinsamen Projekt von uns allen mit einem sozialen Touch und nicht nur zu einem Prestigeprojekt unseres Bürgermeisters.

Bezüglich der weiteren geplanten Parkanlagen und der Grünraumoffensive bin ich sehr optimistisch gestimmt. An dieser Stelle möchte ich an das großartige Projekt Niederseilgarten in der Perner erinnern und hoffe hier wird nichts übersehen, denn es ist ein sehr sportliches und schönes Angebot für unsere Kinder und Jugendlichen.

Bei dieser angesprochenen Thematik ist mir noch wichtig was wir als Stadt Wels gegen die sogenannten Müllsünder unternehmen oder besser machen können. Wie können wir saubere und sichere Parkanlagen in Zukunft gewährleisten? Es gibt leider immer wieder Anrainerbeschwerden über Müllsünder, die altes sperriges Mobiliar, Elektrogeräte an nicht dafür vorgesehenen Stellen entsorgen. Oder noch viel schlimmer - werfen doch die Leute den Müll bei fahrendem Auto hinaus auf die Straße. Es kommt auch immer wieder vor, dass der Müll einfach in der Traun oder in den Mühlbach entsorgt wird, was ein sehr sensibles Ökosystem angreift.

Wir sind der Meinung hier mehr Geld investieren zu müssen in Präventionsmaßnahmen oder Aufklärungskampagnen sowie in eine dauerhafte und ordentliche Parkbetreuung. Das wäre ein großes Thema!

Bgm. Dr. Rabl: Ich überlegte mir einen Antrag auf Redezeitverkürzung zu stellen. Das ist aber nur möglich für Redezeiten über fünf Minuten. Wir diskutieren jetzt vier Stunden zum Budget. Ich weiß, es ist ein extrem wichtiges Thema. Allerdings manche Fraktionen sind dank der Mitarbeiter mit Essen versorgt. Vielleicht sollte man bei der Dauer der Wortmeldungen etwas kürzer werden ohne sie hier zu beschränken. Zu ihrer Information schauen uns jetzt zwölf Personen übers Internet zu, davon acht aus dem Hause Magistrat. D.h. vier externe Zuseher, das ist wirklich mit unglaublicher großer Breitenwirkung versehen. Bitte das bei zukünftigen Wortmeldungen bedenken. Ich meine zwei Minuten pro Wortmeldung sollten reichen. Bitte fahren wir in der Rednerliste fort.

Vzbgm. Kroiß: Meine Rednerliste wäre erschöpft! Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe keine weitere Wortmeldung und wir kommen zum Schlusswort des Referenten. Bitte, Herr Bürgermeister!

Bgm. Dr. Rabl: Es freut mich sehr, dass derartige Appelle offensichtlich gleich fruchten. Wir hörten sehr viel zum Budget. Tatsächlich könnte ich jetzt sehr viel beantworten von den gleich zu Beginn gestellten Fragen. Z.B.: Wie stark verbessert sich die Lebensqualität der Welser? Antwort: Um 28 Mio. Euro, um alles, was wir investieren. Wirtschaften wir nachhaltig? Diese Antworten werde ich vielleicht mit Herrn GR. Mag. Drack, wenn sich die Gelegenheit bietet, bei einem Glas Wein klären. Alles andere ist wohl beantwortet, der Dank an die Bevölkerung ausgesprochen, wobei ich anmerke, dass es Städte mit wesentlich schlimmeren Finanzen gibt. Wie z.B. Linz, wo die Bevölkerung ebenfalls hart arbeitet. Also, irgendetwas dürften die Politik und die Mitarbeiter anders machen als in anderen Städten, lieber Klaus, die sozialdemokratisch geführt sind. Ich erspare mir hier im Detail darauf einzugehen. Ich bedanke mich daher für die signalisierte Zustimmung und ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2022 - 2027  
FD-Fin-50-2021

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die beiliegende Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2022 und dem Voranschlag 2023 und den Planjahren 2024 bis 2027 inkl. des Nachweises über die Investitionstätigkeit (Investitionsplan) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

3.

Wels Strom GmbH;  
Nachtrag zum Syndikatsvertrag vom 11.07.2002  
FD-BetM-21-2021

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Der Abschluss des beiliegenden Nachtrages zum Syndikatsvertrag vom 11.07.2022 betreffend Wels Strom GmbH mit den Gesellschaftern der Wels Strom GmbH unter Beitritt der Stadt Wels und der Energie AG Oberösterreich gemäß Anlage ./1 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

4.

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

5.

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/018

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:



Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

7.

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

8.

StS – Kreditübertragungen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/020A

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidential- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

9.

StS – Kreditübertragungen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/022

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidential- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

10.

StS – Kreditübertragungen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/023

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidential- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

11.

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/024

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

12.

GR – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/025

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

13.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung von Bauvorhaben an den Stadtsenat (Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2021)  
Verf-015-W-25-2021

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die beiliegende Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2021 (Beilage ./1) wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

14.

Vereinbarung betreffend Straßenabtausch L1250 Bichlwimmer Straße  
mit der Voralpenstraße und der Anschlussstraße  
ZR-039-286-2020 miterledigt:  
BauD-BauS-393-01-2021

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 02.12.2021:

Die beiliegende Vereinbarung zwischen der Stadt Wels, der Marktgemeinde Gunskirchen und dem Land Oberösterreich betreffend Straßenabtausch L1250 Bichlwimmer Straße mit der Voralpenstraße und der Anschlussstraße wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

15.

Mietvertrag mit der Messe Wels GmbH betreffend  
Einrichtung von Test- und Impfstraßen in der Messehalle 4  
für COVID-19 Testungen und Impfungen  
FW-297-01-32-2021

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 07.12.2021:

Die Annahme durch Unterfertigung des beiliegenden Angebots der Messe Wels GmbH an die Stadt Wels betreffend Anmietung der Messehalle 4 samt Nebenkosten für die Einrichtung von Dauertest- und Impfstraßen zur Durchführung der COVID-19 Testungen und Impfungen vom 01.11.2021 bis 25.03.2022 zu einer monatlichen Auftragssumme von geschätzten € 59.070,66 inkl. USt. (Beilage ./1) wird beschlossen.

GR. Wiesinger: Die Zurückverlegung dieser Teststraße vom Marktgelände in die Messe Wels ist absolut zu befürworten. Wir alle wissen welches Chaos die Verlegung der

Teststraße in das Marktgelände verursachte. In diesem Zusammenhang ersuche ich auf die Experten zu hören. Am 18.11.2021 stand in der Kronen Zeitung, dass die Räumlichkeiten am Marktgelände von Vertretern des Roten Kreuzes begangen wurden und diese sich klar dagegen aussprachen mit der Begründung fehlender Parkmöglichkeiten, der Wartebereich für die Testungen sei zu klein usw. Hätte man vorher bereits auf das Rote Kreuz gehört, hätten wir uns viel Ärger erspart.

Es ist mit einem größeren Anstieg der Impfungen und Testungen zu rechnen. Die Anlaufstelle im Welser Messegelände bewährte sich bestens. Unser gemeinsames Ziel muss sein jeden Test- und Impfwilligen die Möglichkeit dazu zu geben.

Vzbgm. Kroiß: Der Hintergrund war, dass die Welser Messe Eigenbedarf anmeldete. Auch wurde im Krisenstab darüber gesprochen. Ein Vertreter des Roten Kreuzes ist Teilnehmer am Krisenstab und von diesem wurden in dieser Angelegenheit keine Einwände vorgebracht. Das Wort „Chaos“ ist vielleicht ein wenig übertrieben – ja, es gab Probleme. Wenn etwas in der Zeitung steht, muss es deswegen nicht stimmen. Wir mussten aus der Messehalle raus, jetzt können wir Gott sei Dank diese wieder benützen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger

16.

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit dem die Tarife für ganztägige Schulformen festgelegt werden  
(Ganztägige-Schulformen-Tarifordnung 2021)  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
BK-Schu-123-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet:

1. Die beiliegende Ganztägige Schulformen-Tarifordnung 2021 (Beilage 2) wird beschlossen.
2. Eine Evaluierung erfolgt nach einem halben Jahr nach Beschlussfassung. Sollten Mindereinnahmen nach einem Jahr nach Beschlussfassung über/unter € 70.000,-- liegen, ist die Tarifordnung dahingehend anzupassen, dass dieser Zielwert erreicht wird.
3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

17.

Mobile Familiendienste; Leistungsvereinbarung 2022  
zwischen der CARITAS und der Stadt Wels  
SO-KJH-12-2021

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

Der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarung betreffend Mobile Familiendienste zwischen der Caritas und der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

18.

Sozialer Fahrtendienst;  
Werkvertrag abgeschlossen zwischen  
dem Arbeiter-Samariter-Bund Österreich, Gruppe Bad Ischl  
und der Stadt Wels  
SHmR-084-01-1-2021

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

Der beiliegende Werkvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und dem Arbeiter-Samariter-Bund Österreich, Gruppe Bad Ischl, 4820 Bad Ischl, Linzer Straße 11, bezüglich Sozialer Fahrdienst wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

19.

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe  
Leistungsvereinbarungen 2022  
SHoR-418-03-119-2021

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

Die beiliegenden Leistungsvereinbarungen bzw. Budgetanträge der Organisationen 2022 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Rotes Kreuz“ sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels mit einem Gesamtvolumen von € 2,991.722,52 werden beschlossen.

GR. Huber, MPA: Diesen Amtsbericht schaute ich mir natürlich genauer an und verglich die Zahlen. Unsere Prämisse heißt immer mobil vor stationär. Für mich stellt sich die Frage, warum gerade bei der Seniorenbetreuung der Stadt Wels die Zahlen der Mobilen Dienste sinken? Ich darf nur eine nennen: AFB hatten wir 2021 9.000 Stunden, 2022 sind es nur mehr 5.700 Stunden. Hat dies einen Grund? Coronabedingt kann es ja nicht sein, dass nur bei einem Träger die Stunden so reduziert werden.

Vzbqm. Raggl-Mühlberger: Wir sahen uns die Stunden an und sind allen Trägerwünschen nachgekommen. Wir sahen uns speziell das Jahr 2020 an und sind - wie gesagt - allen Wünschen nachgekommen – auch die der Stadt Wels.

GR. DI. Haydinger: Liebe Christa, ich möchte die Gelegenheit nutzen dir zu danken, dass du diese Leistungsvereinbarungen mit den fünf Vereinen auf Schiene gebracht hast und möchte gleichzeitig die Wichtigkeit dieser Vereinbarung unterstreichen. Denn die Hauskrankenpflege und die mobile Betreuung leisten einen ganz wichtigen Beitrag, damit vor allem Senioren möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld (zu Hause) bleiben können. Bereits zu Beginn dieser Gemeinderatsitzung in der Aktuellen Stunden diskutierten wir die angespannte Situation im Gesundheitswesen. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals erwähnen welche große Rolle diese Vereine spielen, nämlich in dem sie die Patienten vor Ort betreuen und dadurch einen wesentlichen Beitrag leisten, um unser Gesundheitssystem zu entlasten. Mein ganz besonderer Dank gilt daher den Vereinen, ganz besonders den Pflegerinnen und Pflegern, die tagtäglich bei den Patienten unterwegs sind.

Der Antrag zu Punkt 19. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

20.

FAB DLC Wels (Sozialökonomischer Betrieb);  
Gewährung einer Subvention  
SHoR-093-02-9-2021

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

1. Dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, 4021 Linz, Industriezeile 47a, wird zur teilweisen Abdeckung der Lohnkosten für die Maßnahmenbetreuer des sozialökonomischen Betriebes DLC Wels eine Subvention in Höhe von € 59.500,- für das Jahr 2021 gewährt.
2. Die notwendigen finanziellen Mittel sind von der VAST. 1.4291.757200.0 auszubezahlen.
3. Eine Auszahlung erfolgt erst nach Vorliegen des Nachweises über die widmungsgemäße Verwendung von Förderungsmitteln aus dem Vorjahr.
4. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage eines Jahresberichtes zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

21.

Kinderschutzzentrum Tandem Wels  
- Hilfszentrum für junge Menschen;  
Subventionsvereinbarung  
SHoR-093-02-4-2021

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

1. Beiliegende Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Verein Kinderschutzzentrum Tandem – Hilfszentrum für junge Menschen, Wels, Dr. Koss-Straße 2, über die Betrauung des Vereines mit der Durchführung von kurativer und präventiver Kinderschutzarbeit und einer Subventionshöhe von € 45.000,- wird beschlossen.
2. Die notwendigen finanziellen Mittel stehen auf der VAST. 1.4011.757300.0 zur Verfügung.
3. Entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 2021 werden Subventionen in mindestens zwei gleichen Teilbeträgen ab 1.3.2021 bzw. 1.8.2021 ausbezahlt.
4. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage von Leistungsdaten, welche in der beigefügten Subventionsvereinbarung definiert sind, zu erbringen.

GR. Kittenbaumer: Diesen Tagesordnungspunkt möchte ich nutzen, um dem gesamten Verein, den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und allen Unterstützerinnen und Unterstützern des Kinderschutzzentrums Tandem ein großes Danke auszusprechen. Das Kinderschutzzentrum Tandem leistet hervorragende und enorm wichtige Arbeit für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt, deren Angehörige sowie deren Helfersystem. Das Tandem gilt seit fast 35 Jahren als verlässliche und professionelle Einrichtung in unserer Stadt Wels. Gerade in der Corona-Krise hat das Kinderschutzzentrum Tandem noch viel mehr an Bedeutung gewonnen. Denn die Kinder und Jugendlichen leiden besonders stark unter den ganzen Einschränkungen. Viele Kinder fühlen sich zu Hause allein gelassen und sind durch Homeschooling oder den Umstand, dass sie ihre Freunde nicht besuchen



dürfen oder können, stark belastet. Dadurch, dass die Corona-Krise insgesamt eine starke psychische Belastung für die Gesellschaft darstellt, steigt auch die häusliche Gewaltbereitschaft, wovon wiederum Kinder und Jugendliche mitbelastet sind.

Eine erst in der Vorwoche veröffentlichte Studie der Donauuniversität Krems zeigt, dass 62 % der Mädchen und 38 % der Burschen eine mittelgradige depressive Symptomatik aufweisen. Rund ein Fünftel der Mädchen und 14 % der Burschen leiden laut dieser Studie unter wiederkehrenden suizidalen Gedanken. Diese Studie ist ein dringender Appell an alle Verantwortlichen, dass diese mehr für die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen unternehmen sollen. Daher ist es mir und der SPÖ-Fraktion sehr wichtig stets zu gewährleisten, dass die Stadt Wels dem Kinderschutzzentrum Tandem ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um das Angebot den Bedürfnissen der Welser Kinder und Jugendlichen entsprechend betreiben zu können. Vielen Dank.

GR. Pühringer, MSc: Wenn man sich auf eines ganz sicher verlassen kann, dann darauf, dass die SPÖ-Fraktion das Sozialbudget kritisiert, vor allem wenn es um Subventionen für das Kinderschutzzentrum Tandem geht. Und dass, obwohl die Subventionen in den letzten Jahren nicht gekürzt wurden. Tatsächlich stieg insgesamt das Sozialbudget stetig.

Was diesen TOP betrifft, so geht es hier um die Vertragsänderung und nicht um die Subvention per se. Dieser Vertrag wird bitte zugunsten des Kinderschutzzentrums Tandem geändert. Leistungsgrundlage für die Subvention ist es nämlich, dass mindestens 50 % der gesamten Therapie- und Beratungsstunden auf Kinder und deren Familien mit Wohnsitz in Wels entfallen. Bei Unterschreitung dieses Kontingents müssen Förderleistungen zurückbezahlt werden. War dies bereits bei bisher 5 % Unterschreitung der Fall, so wurde dieser Prozentsatz nun immerhin auf 15 % erhöht. Und nur wenn diese 15 % erreicht werden, sind 10 % der jährlichen Förderleistung zurückzubezahlen.

Abschließend sei festgehalten, dass die FPÖ-Fraktion seit jeher ganz und gar hinter dem Projekt Tandem steht. Das Kinderschutzzentrum Tandem leistet wertvolle Arbeit für Kinder, die von Gewalt und Missbrauch betroffen sind. Nicht zuletzt deshalb wurde diese Einschleifregelung zugunsten des Kinderschutzzentrums angepasst.

StR. Ganzert: Ich möchte dem Kollegen Christian Kittenbaumer zur Seite stehen. Die Vorwürfe an die SPÖ sind wahrscheinlich in der Rede der Kollegen der FPÖ bereits vorbereitet, denn Kollege Kittenbaumer erwähnte mit keinem Wort die Subventionen. Er lobte die Arbeit des Kinderschutzzentrums und erwähnte, dass ausreichende Mittel benötigt werden. Er sagte nicht, hier muss es mehr geben o.ä., sondern er erwähnte es ganz sachlich. Man bedankt sich bei jemanden und dann wird behauptet, es wird etwas schlecht geredet, was wir überhaupt nicht tun. Also, wenn schon vorbereitete Wortmeldungen kommen, dann diese möglicherweise noch abzuändern. Ich nehme an, dass die FPÖ genauso wie wir alle hinter dieser wichtigen und wertvollen Arbeit steht. Wir haben den Wunsch nach Erhöhung oft kundgetan, aber Kollege Kittenbaumer tat dies in seiner Wortmeldung nicht.

Vzbgm. Mag. Schininger: Ich bin nicht bekannt dafür, dass ich irgendwen korrigiere oder kritisiere. Nur der letzte Satz der Kollegin stimmt schlichtweg einfach nicht. Die FPÖ-Fraktion war von Beginn an nicht für das Kinderschutzzentrum. Ich war Gründungsmitglied dieses Kinderschutzzentrums und kann mich noch genau erinnern, wie wir von vielen aus dieser Fraktion dafür gerügt wurden. Danke für den Sinneswandel.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

22.

Abschluss des Folge-Vertrages „Zielvereinbarung 2021 zum Vertrag Integrierte Versorgung Demenz in OÖ“ (IVDOÖ)“ zum Betrieb der extramuralen Demenzangebote in OÖ der Stadt Wels  
SO-SenB-100.000-2021

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 30.11.2021:

Die beiliegende Zielvereinbarung 2021 zum Vertrag „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ (IVDOÖ)“ zum Betrieb der extramuralen Demenzangebote in OÖ der Stadt Wels, Stadtplatz 1, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

23.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 64)  
BauR-269-05-7-2019

Der Antrag (Anlage 25) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (64. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

GR. KR. Schönberger: Bereits in der Ausschuss-Sitzung erwähnte ich, wir bauen entlang der Oberfeldstraße einen Wohnblock nach dem anderen, eine Siedlung nach der anderen und es wird leider Gottes sehr wenig korrespondiert oder referiert, wie man das Verkehrsaufkommen dort unter Kontrolle bringen kann. Gerade bei diesem Projekt ist interessant - wir haben seit Jahrzehnten auf der nördlichen Seite der Oberfeldstraße, genau dort wo das Vorhaben ausgepflockt ist, eine Lärmschutzwand. Vor 10 Jahren als

diese errichtet wurde, war das Verkehrsaufkommen sicher noch nicht so hoch. Jetzt muss mir wer erklären, warum gerade auf der gegenüberliegenden Seite keine Lärmschutzwände mehr benötigt werden? Der Verkehrsanteil hat sich dort drastisch verändert. Die Beamtenschaft erklärte uns letztthin, dass es für die Oberfeldstraße derzeit keine sinnvolle Lösung gebe.

Vorhin redeten wir von der Verbesserung des Wohnumfeldes, des Milieus, ja leistbares Wohnen – das muss ja nicht unbedingt schlechter sein. In diesem Bereich hat die Stadt Wels schon eine Bringschuld. Wenn ich dort das Bauen und Wohnen erlaube, dann muss dies auch dementsprechend qualitativ hochwertig sein. Bitte kommt mir jetzt nicht wieder mit den Lärmschutzfenstern! Wer will 365 Tage lang die Fenster geschlossen halten? Wer will nicht bei Vorhandensein eines Balkons auf diesen gehen? Wer will sich nicht im Garten aufhalten? Da rede ich noch nicht vom entstehenden Ziel- und Quellverkehr. Auch über diesen müssen wir uns unterhalten. Ich verlange wirklich, dass hier übergreifend vernünftige Konzepte gemacht werden, was den Verkehrsab- und -zufluss zu den Wohnungen ermöglicht. In der Oberfeldstraße haben wir das Problem, wenn sie aus der Straubinger Straße kommen ein Linksabbiegen so gut wie nicht mehr möglich ist Freitag nachmittags oder am Samstag. Und auch nicht, wenn sie morgens in die Arbeit fahren. Das kann es nicht sein zu sagen, wir bauen locker weiter und wie die Menschen vom Punkt A nach B kommen interessiert uns nicht. Das können wir hier nicht tun, für das haben wir alle eine Verantwortung. Erst vor kurzem haben wir für die Bürger der Stadt Wels die Hände gehoben, um für sie das Beste zu tun. Genau bei diesem Punkt beginnt es.

Die Bundesertragsanteile bekommen wir pro Bürger, die hier wohnen, die eigentlich die Haupteinnahmequelle unseres Budgets sind. Dafür haben wir eine Bringschuld, nämlich dass die Menschen sich in der Zeit, in der sie nicht arbeiten, daheim wohlfühlen und gerne in Wels wohnen. Es gibt ein anderes Projekt, wo bereits der Keller gebaut wurde. Wenn man durch die Unterführung in westlicher Richtung fährt, haben sie genau in dem Eck zwischen Passauer Bahn und Oberfeldstraße ein Wohnprojekt. Irgendwann muss man schon sagen Wohnen – ja, aber die Qualität des Wohnens muss auch passen. Diese kann nicht nur durch Lärmschutzfenster sichergestellt werden.

GR. Schatzmann: Mit diesem Antrag haben wir so unsere Probleme. Eines davon wurde gerade vom Kollegen der SPÖ-Fraktion angesprochen, die Lärmbelästigung und das starke Verkehrsaufkommen in der Oberfeldstraße. Man kann sich ausrechnen wie es sein wird, wenn dort weitere Wohnanlagen gebaut werden. Es wird nicht besser werden.

Wir wissen ja noch nicht einmal wieviel leerstehende Wohnungen es in Wels gibt. Bevor weitere Wohnprojekte im Gemeinderat behandelt werden, müsste man eine sog. Leerstandsfeststellung wie die Stadt Graz machen, damit wir wissen, ob Wohnraum benötigt wird oder nicht. Es werden weiter große Grünflächen versiegelt. Wenn man Nachhaltigkeit lebt und Naturschutz ernst meint, dann können wir uns eine weitere Grünflächenversiegelung nicht mehr leisten.

Das sind die Punkte, warum die GRÜNE-Fraktion gegen dieses Projekt stimmen wird. Wenn sie werte Kollegen eine wirklich zukunftsichere und nachhaltige Stadt haben möchten, ersuche ich sie sich uns anzuschließen für den Klimaschutz und für die Zukunft.

GR. Vogl: Lieber Stadtrat, sie haben es angesprochen. Es ist ein tolles Projekt, in kann meinen Vorrednern das nicht ganz abgewinnen. Wir unterstützen dieses Projekt. Nur das

Thema Verkehr wurde bereits angesprochen – dieses ist auch für uns sehr wichtig. Die Oberfeldstraße ist schon seit Jahren eine Problemzone. Wenn man jetzt natürlich massenhaft Wohnungen baut, wird es nicht besser. Es ist nicht nur der Lärm. Ich bin nicht der Meinung, wenn man das Bauvorhaben 15 – 20 m nach hinten verschiebt, dass es eine massive Verbesserung gibt. Es wurde eine Lärmkarte angesprochen, die es nicht gibt. Gut, das ist nicht die Aufgabe des Bauausschusses, aber wir werden seitens der ÖVP ganz genau schauen, wie sich der Verkehr in der Zukunft in der Oberfeldstraße entwickeln wird. Unser Stadtrat für Mobilität hielt heute ja bereits eine Brandrede für seinen Ausschuss. Du gehst die Aufgabe an! Deswegen lieber Stefan, gehe die Aufgabe dort an, wir werden ganz genau schauen, was du machst und dich unterstützen hier eine Verbesserung für die Bürger zu finden.

GR. Aspetzberger: Kollege Schönberger, sie haben das Thema bereits im Ausschuss angesprochen. Es lagen die Baupläne vor, die nach der Oö. Bauordnung besagen würden, dass wir direkt an der Grenze zur Oberfeldstraße mit dem Bau der Wohnobjekte beginnen könnten. Die Bauabteilung sagte dazu, dass es besser wäre zuvor das Parkdeck zu bauen und dahinter erst mit den Wohnungen zu beginnen. Das wurde jetzt auch so umgesetzt. Wir glauben es ist eine signifikante Verbesserung der Lärmsituation.

Zum Thema Verkehr auf der Oberfeldstraße: Sie haben Recht. Es ist aber schon so, dass die letzten sechs Jahre der Verkehrsstadtrat von der SPÖ gestellt worden ist. Mit dem heutigen Budget beschlossen wir ein Mobilitäts- und Verkehrskonzept in der Höhe von 750.000 Euro. Da hoffen wir als Freiheitliche Gemeinderatsfraktion, dass diese Mittel auch ausreichen, um für die Oberfeldstraße möglichst kurzfristig einen guten Weg für die Zukunft zu finden.

StR. Ganzert: Ludwig, danke für deinen Appell. Du bist Mitglied im Bauausschuss und ich bin schon gespannt auf den Einsatz, den es von eurer Seite geben wird. Natürlich ist es uns ein Anliegen, nur der Wunsch dies möglichst schnell auf die Beine zu bringen ist bei der Thematik ein bisschen schwierig. Wenn man eine nachhaltige Lösung finden möchte - das ist mein Ansatz -, dann wird eine Lösung längere Zeit benötigen. Die Oberfeldstraße ist ein Problem, das stellt Karl Schönberger bei jeder Gelegenheit fest bereits seit über 12 Jahren.

Es ist rechtlich richtig die gegenständliche Verordnung umzusetzen. Natürlich haben wir das Ansinnen als Stadt Wels entsprechend zu wachsen. Bereits in meiner Rede erwähnte ich, wie sieht die Mobilität der Zukunft aus? Müssen es immer Autos sein, gibt es Alternativen, gibt es andere Formen? Ich bin durchaus bereit diese Lösungen anzugehen. Wie gesagt, es wird keine schnelle Sache sein die Oberfeldstraße und den ganzen Bereich zu entlasten. Nachdem wir uns jetzt als Referenten die Stadtplanung und Verkehrsplanung teilen, ist es mein Ziel und auch das Ziel der SPÖ-Fraktion diese Problematik zu lösen. Jeder von uns, der unsere Stadt kennt weiß, dass dieser Bereich gerade an Wochenenden chronisch überlastet ist. Dazu braucht es sehr viele Partner diese Problematik zu lösen. Ich hoffe es gelingt uns gemeinsam.

GR. Weidinger: Im Ausschuss wurde darüber viel diskutiert. Verkehrsmäßig stellt die Oberfeldstraße jetzt schon ein großes Problem dar, mit dem Bau von 300 Wohnungen wird dieses Problem natürlich vergrößert. Mir fehlt im Budget das Verkehrskonzept Neustadt – dieses wurde nicht bedeckt. Auch ich bin der Meinung wir brauchen ein Verkehrskonzept in der Neustadt. Mir fehlen auch das Verkehrskonzept und die Detailplanung für das

Erschließungskonzept Nord-Umfahrung. Dieses wurde mit 150.000 Euro für nächstes Jahr dotiert und im Jahr 2024 mit 150.000 Euro – aber nicht bedeckt.

Wir brauchen in der Neustadt und genau in diesem Bereich ein detailliertes Verkehrskonzept. Die Oberfeldstraße stößt bereits an ihre Grenzen, teilweise gibt es wirklich lange Wartezeiten. Der Neubau der Wohnungen ist begrüßenswert, verschärft aber das Problem immens.

Das Verkehrskonzept für die Nord-Umfahrung brauchen wir auch wirtschaftlich ganz dringend. Den Norden der Stadt müssen wir neu entwickeln bzw. weiterentwickeln. Dazu benötigen wir unbedingt diese Nordumfahrung. Hier fehlt mir die Absprache zwischen den Referenten. Wenn Wohnungen gebaut werden, muss die Verkehrsplanung miteingebunden werden. Stadtentwicklung und Verkehrsplanung gehören zusammen und müssen in Zukunft besser abgestimmt werden. Die ÖVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, nur das „Drumherum“ fehlt uns schon.

StR. Schäfer, BSc MSc: Es wurden verschiedene Punkte angesprochen, auf die ich kurz eingehen möchte. Einerseits der Lärmschutz: Die Lärmschutzwand ist bei einem Wohnprojekt nicht das optisch ansprechendste Lärmschutzmittel. Es wurden im Zuge des Projektes andere Maßnahmen getroffen, beispielsweise das Hereinrücken des Bauplatzes, andererseits auch die Vorlagerung der Parkplätze vor das Haus. Auf der anderen Seite sind die Wohn- und Schlafräume in den Innenhof ausgerichtet, d.h. der Lärm wird durch die Fassade zur Gänze abgeschirmt. Die riesigen Grünflächen sind jedenfalls im geräuscharmen Hof vorgesehen.

Tatsächlich haben wir keine Lärmkarte. Es gibt jedoch eine Lärmkarte der ASFINAG, die natürlich von der Planungsabteilung berücksichtigt wird.

Zum Thema Flächenversiegelung: Aus meiner Sicht ist es ein sehr verträgliches Projekt. Die Dichte ist sehr niedrig, d.h. es ist sehr viel Platz für viel Grün und viele Bäume.

Zum Thema Verkehr in der Oberfeldstraße: Hier stoßen wir tatsächlich an unsere Kapazitätsgrenzen. Das Problem ist grundsätzlich bekannt, es ist Budget vorhanden um Verkehrsplanungen durchzuführen. Wir werden alles daran setzen die Oberfeldstraße zu entlasten. Bedenken müssen wir auch, es ist nicht rein der Anrainerverkehr, sondern hier haben wir insbesondere auch die Problematik mit dem Durchzugsverkehr, die es zu lösen gilt.

Zum Thema Qualität der Wohnungen und ob überhaupt noch eine Nachfrage dafür besteht: Der Markt zeigt uns relativ klar was benötigt wird. Wir müssen unser Angebot an leistbare Wohnungen erhöhen, damit der Preis dort bleibt wo er jetzt ist. Wir liegen auf Platz zwei im österreichweiten Vergleich mit günstigem Wohnen.

Der Antrag zu Punkt 23. der Tagesordnung wird mit

gegen                    30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
                              4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

24.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 111/1.7.1 (Stadtteil: Innenstadt)  
BauR-269-06-8-2020

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 111/1.7.1 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Dieser Antrag wurde zu Beginn der Tagesordnung einstimmig von der Tagesordnung genommen.

25.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 217/C.1 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BauR-269-06-10-2020

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 217/C.1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Dieser Antrag wurde zu Beginn der Tagesordnung einstimmig von der Tagesordnung genommen.

26.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 311/2.8 (Stadtteil: Vogelweide)  
BauR-269-06-1-2021

Der Antrag (Anlage 26) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 311/2.8 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

27.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 403/2.9 (Stadtteil: Neustadt)  
BauR-269-06-7-2020  
BauR-269-06-4-2021

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 403/2.9 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

28.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 416/B.1 (Stadtteil: Neustadt)  
BauR-269-06-2-2021

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 416/B.1 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 28. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager und GR. Hufnagl sind für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

29.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 500/1;  
Erweiterung des Betriebsbaugebietes Oberhart und  
Teilauflassung einer öffentlichen Straße  
BauR-269-08-4-2021

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 500/1, Erweiterung

des Betriebsbaugebietes Oberhart und Teilauflassung einer öffentlichen Straße, beschließen.

Einstimmig angenommen.

30.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen  
Verordnungsplan Nr. 500/2 Parkplatz Friedhof – Flugplatzstraße;  
Teilauflassung einer öffentlichen Straße und Neuanlage  
BauR-269-08-5-2021

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und  
Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte  
Verordnung betreffend die Erklärung der im straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 500/2  
Parkplatz Friedhof – Flugplatzstraße neu ausgewiesenen Verkehrsfläche zur  
Gemeindestraße bzw. die Auflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche beschließen.

Einstimmig angenommen.

31.

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Teilauflassung und  
Neuanlage einer öffentlichen Straße - Ortschaft Mitterlaab;  
straßenrechtlicher Verordnungsplan Nr. 900/1  
BauR-269-08-3-2021

Der Antrag (Anlage 31) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und  
Bauausschuss am 13.09.2021, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung  
betreffend die Teilauflassung und Neuanlage einer öffentlichen Straße – Ortschaft  
Mitterlaab, straßenrechtlicher Verordnungsplan Nr. 900/1, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen  
ihnen allen sehr herzlich zu danken. Es war die zweite Gemeinderatsitzung, die wir  
gemeinsam in dieser Zusammensetzung abhielten. Ich wünsche ihnen ein Frohes Fest und  
hoffe sie haben ein paar erholsame Weihnachtsfeiertage. Einen guten Rutsch ins Neue  
Jahr!



Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Für die NEOS:

Für die MFG:

Schriftführer:

## **HINWEIS für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 04.04.2022 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*